714

Nr. 175 — Mittwoch, 1. September 1920 — 27. Jahrgang

Landtagsbibliothek Sachsen Dresden Bücherei

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postscheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 18693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelzeile 7.50 Mk — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721 Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Frankreichs Sühneforderungen für Breslau

Polens Gegenvorschläge zu den Friedensbedingungen.

Landesbibliothek Dresden

Die französische Note.

Berlin, 31. August. Die von dem französischen Botschafter Laurent heute überreichte Note hat folgenden Wortlaut:

„Herr Minister! Im Anschluß an meine Note vom 27. d. M. beehre ich mich, Eurer Exzellenz die Bedingungen der Regierung der Republik für die Beilegung des ernsten Zwischenfalles bekanntzugeben, der sich auf dem französischen Konsulat in Breslau am 26. August d. J. zugetragen hat.

1. Das Konsulat wird von der deutschen Regierung **auf ihre Kosten wieder instand gesetzt.**

2. Die **deutsche Regierung zahlt 100 000 Frank zur Entschädigung der Konsulatsbeamten** für die bei der Plünderung erlittenen materiellen Verluste, für den Schaden, der ihnen etwa durch Vernichtung ihrer auf dem Konsulat hinterlegten Wertpapiere und Urkunden entstanden sein könnte und für die besonderen Aufwendungen, zu denen der Vorfall sie genötigt hat.

3. Alle an dem Ueberfall **Beteiligten werden ermittelt und bestraft.** Das Ergebnis der Ermittelungen wird der Botschaft binnen acht Tagen mitgeteilt.

4. Gegen die **Ortsbehörden,** durch deren **Einverständnis, Fahrlässigkeit oder Gleichgültigkeit** die Ausführung des Ueberfalles möglich geworden ist, werden **disziplinarische Maßregeln** getroffen, von denen die Botschaft innerhalb der gleichen Frist Mitteilung erhält.

5. Nach vollständiger Erfüllung dieser Bedingungen wird das Konsulat in Gegenwart des Oberpräsidenten der Provinz Schlesien und des französischen Botschaftsrates wieder eröffnet. Die **Flagge** wird gleichzeitig gehißt und weht bis 7 Uhr abends. Eine Kompanie Reichswehr mit Musik erweist die **Ehrenbezeigung** und defiliert vor dem Konsulat. Das Programm des Herganges wird im Einverständnis mit der Botschaft festgesetzt.

Da die Regierung der Republik der Ansicht ist, daß die Gewalttat gegen das französische Konsulat in Breslau auf die nämlichen Ursachen wie die Beleidigung der französischen Botschaft vom 16. Juli zurückzuführen ist, verlangt sie außerdem **sofortige disziplinarische Maßregeln gegen Hauptmann v. Arnim.**"

Die Regierung der Republik wünscht mit der deutschen Regierung in einer Atmosphäre der Beruhigung und Arbeit friedliche Beziehungen zu unterhalten, aber sie muß feststellen, daß eine lange Reihe feindseliger Kundgebungen und Angriffe auf ihre zivilen und militärischen Vertreter in Deutschland zeigt, daß es gewisse Elemente auf **Herausforderungen** abgesehen haben, zu denen das **regelmäßige Ausbleiben einer Bestrafung** geradezu ermutigt. Sie ist überzeugt, daß dieser **unerträgliche Zustand** sich von Tag zu Tag verschlimmern wird, wenn die deutsche Regierung nicht durch deutliche Mißbilligung und nachdrückliche Strafen zeigt, daß sie dem ein Ende setzen will. In diesem Sinne beehre ich mich im Auftrag meiner Regierung die Forderung zu stellen, daß die **deutsche Regierung für alle Zwischenfälle,** deren Opfer französische Vertreter oder Staatsangehörige gewesen sind, mir in der Botschaft binnen kürzester Frist **durch Seine Exzellenz den Reichskanzler ihr Bedauern ausspricht** und zugleich die Zusage erteilt, daß die in der vorliegenden Note geforderte **Genugtuung in vollem Umfange** gewährt werde.

Im übrigen behalten sich die verbündeten Regierungen selbstverständlich vor, die **Sühne und Wiedergutmachung** zu verlangen, die die Uebergriffe gegen die interalliierten Kontrollkommissionen und ihre Mitglieder zu erfordern scheinen.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung. gez. Charles Laurent.

*

Berlin, 1. September. (T.-U.) Im Anschluß an die gestrige Kabinettssitzung, in der über die Note der französischen Regierung zu den Breslauer Vorgängen beraten wurde, stattete Reichsminister Dr. Simons der französischen Botschaft einen Besuch ab, um über die Einzelheiten der Note Rücksprache zu nehmen. Wie verlautet, hat es Dr. Simons nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß eine Reihe Forderungen der französischen Regierung so schwerer Natur seien, daß die deutsche Regierung sich ihre Stellungnahme hierzu noch vorbehalten müsse. Mit den einzelnen Punkten der französischen Note wird sich heute vormittag ein zusammentretender Kabinettsrat aufs neue befassen, woran sich eine Sitzung des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten schließen wird.

*

Breslau, 31. August. Hiesigen Blättern zufolge hat der Regierungspräsident für die Ermittelung der Personen, die als Rädelsführer, Teilnehmer oder Plünderer bei den jüngsten Vorgängen im polnischen und französischen Konsulat in Betracht kommen, eine Belohnung von 3000 Mk. ausgesetzt.

Polen lehnt die Demobilisation ab.

Moskau, 31. August. (Durch Funkspruch.) Die **polnischen Gegenvorschläge** zu den einzelnen Punkten der **Friedensbedingungen** besagen unter anderm: Zu Punkt 1: Die Sowjetregierung muß die **Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Souveränität der polnischen Republik anerkennen.** Es ist selbstverständlich, daß Polen sein innerpolitisches Leben ganz selbständig ohne Einmischung andrer Staaten organisieren kann. — Zu Punkt 2 macht Polen folgenden Vorschlag: **Keiner der Staaten braucht die Kriegskosten zu ersetzen.** Die polnische Delegation betont, daß das polnische Element weit über die vorgeschlagene Grenze und über die Ostgrenzen Polens reicht. Die Kraft dieses Elements muß unbedingt in Betracht gezogen werden. Gleichzeitig halten wir es für unsre Pflicht, dem Volke, das das Territorium zwischen den beiden Staaten bewohnt, in seinen politischen Angelegenheiten freie Hand zu lassen. — Zu Punkt 3: Die Absicht, Polen die Verpflichtung einer **Heeresverminderung aufzuerlegen, wird als Entwürdigung des polnischen Volkes kategorisch zurückgewiesen.** Rußland folge augenscheinlich mit vollem Bewußtsein dem Beispiele der Politik Peters des Großen und Katharinas II., einer Politik, die dieselben Forderungen gestellt und zu dem Verbrechen der Teilung geführt hat. Es setzte uns um so mehr in Erstaunen, weil es doch weltbekannt ist, daß die Sowjetregierung den Militarismus auf die höchste Entwicklungsstufe gebracht hat und nicht im geringsten die Absicht zeigt, ihre eigene Wehrmacht zu beschränken. — Zu Punkt 10: Polen behält sich das Recht vor, **allein an der Grenze ein Heer von 200 000 Mann** für Polen zu halten. Es wird dann erst möglich sein, an **eine Demobilisation zu denken, wenn diese sich in ganz Europa verwirklicht,** was Polen als echt demokratisches Reich schon lange heiß ersehnt hat. Die Vorschläge bezüglich der Ergänzung des Heeres durch Arbeitermilizen würden den **völligen Umsturz der Basis der Souveränität** und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Polens herbeiführen und können als solche **überhaupt nicht in Betracht gezogen werden.** Entsprechend den vorhergehenden Ergebnissen kann die polnische Regierung unter keinen Umständen zu der **einseitigen Verpflichtung zur Demobilisation ihre Einwilligung geben.** Das einzig richtige wäre, daß **beide Seiten gleichzeitig demobilisieren,** und zwar sofort nach Friedensschluß.

Warschau, 31. August. (TU.) Da die polnische Regierung die weiteren Verhandlungen in Minsk als aussichtslos ansieht, ist ein Teil der polnischen Delegierten angewiesen worden, zwecks mündlicher Berichterstattung nach Warschau zurückzukehren. Die Minsker Verhandlungen sind bis auf weiteres unterbrochen. Nach der Abreise der polnischen Delegierten sind auch die Sowjet-Vertreter nach Moskau abgereist.

Einstellung der tschechischen Kohlenlieferungen an Polen.

Berlin, 1. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Vossische Zeitung meldet unterm 31. August aus Breslau: Wie die Ostdeutsche Morgenpost meldet, hat die Tschechoslowakei die Kohlenlieferungen aus dem Ostrauer Revier eingestellt, weil Polen mit der Bezahlung zum größten Teil im Rückstand geblieben ist. Diese Schulden sollen bereits 50 Millionen betragen. Die Zahlungsstockung hat übrigens schon vor kurzem zu einer ähnlichen Krise geführt. Polen mußte auf die Abnahme der ihm zukommenden Quote verzichten, weil die interalliierte Kommission die Sendungen bis zur Barzahlung eingestellt hatte. Auf dieser Tatsache war die Haldenverfügung der alliierten Kommission seinerzeit begründet.

Danziger Arbeiter und die Kriegsmaterialieferungen für Polen.

Berlin, 1. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Vossische Zeitung meldet unterm 31. August aus Danzig: Die heutige Versammlung der Danziger Hafenarbeiter, in der über die Frage der Munitionsentladung für Polen verhandelt werden sollte, nahm einen stürmischen Verlauf. Flugblätter, die von linksradikaler Seite verteilt wurden, forderten zur Ablehnung der Entladung auf. Als nach längerer Aussprache die Abstimmung stattfinden sollte, waren von den etwa 2000 Versammelten fast 1100 fortgegangen. Von den zurückgebliebenen stimmten 545 für und 265 gegen **die Entladung.** Damit ist der **Antrag auf Entladung der Munition und des Kriegsmaterials für Polen angenommen.**

Hyänen des Weltkriegs.

Wie Kriegsgewinne gemacht wurden.

In den ersten Monaten des Kriegsjahres 1918 wurde im alten Militärstaat Deutschland in fieberhafter Tätigkeit unter Anspannung aller Kräfte des gesamten Volkes zu den letzten entscheidenden Schlägen gerüstet. Im Osten begann im Februar der große deutsche Vorstoß ins Innere Rußlands und in der Ukraine und im Westen bereitete man die große Frühjahrsoffensive vor. Kranke, Gebrechliche und halbe Kinder wurden in allen Ecken Deutschlands zusammengesucht und auf die Schlachtfelder geschleppt. Und im Innern trieb man Greise und Kinder, Mütter und Mädchen in die Munitionsfabriken und zwang sie Tag und Nacht an der Herstellung von Massenmordmaschinen, Zerstörungswerkzeugen, Munition und allerhand sonstigen Kriegsmaterials zu arbeiten. Das ganze arbeitende Volk wurde in der rücksichtslosesten Weise zur Anspannung seiner letzten Kräfte aufgepeitscht.

Und in jenen Tagen geschah es, daß die Verwaltung der **Daimler-Motoren-Gesellschaft,** die in ihren Riesenbetrieben große Mengen Kriegsmaterial fabrizierte, mit Betriebseinschränkungen drohte, wenn ihr nicht höhere Preise bewilligt würden!

Es war schon damals kein Geheimnis, daß die Daimler-Gesellschaft enorme Kriegsgewinne erzielt hatte. Die Dividenden der Gesellschaft waren von 14 Prozent im letzten Friedensjahre auf 35 Prozent im Jahre 1916 gestiegen. Der Kurs ihrer Aktien war von 317 Prozent im Jahre 1913 auf die schwindelhafte Höhe von 1350 im Jahre 1917 hinaufgeklettert. Schon im Jahre 1918 wurde deshalb der Gesellschaft der Vorwurf gemacht, daß sie die Heeresverwaltung durch betrügerische Preiskalkulationen zur Bewilligung höherer Preise zu veranlassen suchte. Jetzt nach 2½ Jahren liegt nun endlich eine kaufmännische Nachprüfung der Preis- und Gewinnbildung der Gesellschaft vor, und sie gewährt einen interessanten Einblick in das Treiben der Kriegsgewinnler und Kriegswucherer, die in der skrupellosesten Weise die Notlage des Volkes ausgenutzt haben, um unschätzbare Reichtümer aufzuhäufen.

Wie aus dem Bericht der Prüfungskommissare hervorgeht, wollte die Kommission nach einem festgelegten Arbeitsplan an die Lösung ihrer Aufgabe herangehen, „doch zeigte eine erste gemeinsame Inaugenscheinnahme der für die Beurteilung der Erfassung des Lohn- und Materialverbrauches und der Kalkulation der in Frage kommenden Einrichtungen, die sich auf die Magazinverwaltung, die Werkstättenbureaus, die Betriebsbureaus und das Kalkulationsbureau erstreckte, daß infolge **Unzulänglichkeit dieser Einrichtungen die Durchführbarkeit dieses Programms** in wesentlichen Punkten überhaupt **nicht in Frage kam.** Eine **Fabrikbuchhaltung,** deren Vorhandensein bei einem Unternehmen vom Range der D. M. G. als selbstverständlich vorausgesetzt wurde, **fehlte überhaupt.** Es fehlte also das, was als eine feste Grundlage für die tatsächlich erzielten Gewinne hätte dienen können,

Die Gewinn- und Verlustrechnungen der D. M. G. für die Jahre 1911—1917 weisen aus bei einem Aktienkapital von 8 000 000 Mark einen **Reingewinn** von

1911	2 293 036.—	Mk.	10	Proz. Dividende
1912	2 862 442.36	„	12	„ „
1913	3 214 168.41	„	14	„ „
1914	4 604 471.20	„	16	„ „
1915	6 620 603.92	„	24	„ „
1916	8 085 444.33	„	35	„ „
1917	5 932 037.47	„	30	„ „
von 1914—1917	25 242 556.92	Mk.		

Im Jahre 1917 verausgabte die D. M. G. an ihre Aktionäre für **24 Millionen Mark Gratisaktien,** so daß das Aktienkapital nunmehr 32 Millionen Mark betrug, das aber **von den Aktionären nicht eingezahlt,** sondern ihnen im Betrage von 24 **Millionen Mark** geschenkt wurde.

Nach den eingehenden Untersuchungen der Prüfungskommissionen waren die **Gewinne um 70 604 775.24 Mk. höher** als die Firma sie angegeben hatte. Dazu treten als **fernere Mehrgewinne** unter Umständen, d. h. wenn sie für die gedachten Zwecke nicht in Anspruch genommen werden, die im Kontokorrent zugunsten der Inspektion der Fliegertruppen zurückgestellten **rund 6 900 000 Mk** und die gleichfalls im Kontokorrent erfolgte Rückstellung zur **Deckung sämtlicher Risiken aus Lieferungen an das neutrale und feindliche Ausland** in Höhe von **7 500 000 Mk.;** das sind zusam

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200901/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

men fast 96 100 000 Mk. Mehrgewinn, als die D. M. G. selbst angegeben hatte. In Wirklichkeit ist auch diese Summe noch höher, „es war aber infolge mangelnder ausreichender verwaltungstechnischer Einrichtungen nicht möglich, noch tiefer in die Materie einzudringen". Die vorhandenen Werkzeugmaschinen sind von der Prüfungskommission z. B. nur mit 7 300 000 Mk. eingesetzt, von dem Sachverständigen, Regierungsbaumeister Dr. Rudolf Herzfeld aber mit 14 000 000 Mk. bewertet worden. Lassen wir das letztere außer Betracht, so ergeben

die von der Firma veröffentlichten	25 242 556.92 Mk. und
die von der Prüfungskommission errechneten	70 604 775.24 „
Tatsächlicher Gewinn	95 847 332.16 Mk.
Dazu unter Umständen jene	6 900 000.— „
	+ 7 500 000.— „
insgesamt also	110 247 332.16 Mk.

Die D. G. M. hat die von ihr tatsächlich erzielten Gewinne in den Büchern versteckt und verschwinden lassen, um als angeblich notleidender Betrieb von der Heeresverwaltung immer höhere Preise für die gelieferten Waren (Flug- und Schiffsmotoren, Automobile) zu erhalten. „Es kann nicht behauptet werden, daß die Preise bis Ende 1917 durch übertriebene Lohnansprüche der Arbeiterschaft unauskömmlich geworden sind, denn

bei 68,6 Millionen Mk. Umsatz wurden	1915	6,9	= 10	Proz.
„ 104,4 „ „ „ „	1916	8,4	= 8	„
„ 135,9 „ „ „ „	1917	13,9	= 10	„

produktiver Lohnaufwand in den Kommissionsabrechnungskarten der Fabrik Untertürkheim erfaßt, so daß trotz individuell höheren Lohnaufwandes das prozentuale Verhältnis des Lohnaufwandes zum Umsatz ein stetiges blieb.

	Für die D. M. G. ergab sich als Gewinn (ohne jene 6 900 000 + 7 500 000 Mk.)	nachdem zuvor folgende Arbeitslöhne gezahlt worden waren
1914 . . .	10 424 226.59 Mk.	6 505 517.72 Mk.
1915 . . .	22 165 556.50 „	10 862 489.09 „
1916 . . .	30 047 236.02 „	13 154 149.06 „
1917 . . .	33 210 313.05 „	23 068 156.23 „
	95 847 332.16 Mk.	53 090 312.10 Mk.

So blieb also die Gesamtsumme der angeblich so hohen Löhne der nach Tausenden zählenden Angestellten und Arbeiter noch weit, weit hinter dem zurück, was die paar Daimlerkapitalisten als Profit einsackten.

Kommerzienrat Berge hatte angeblich den Militärbehörden gegenüber geäußert, die D. M. G. habe Material unter Umgehung der Höchstpreisverordnungen in solchen Mengen beschaffen müssen, daß dadurch eine Verteuerung der Herstellungskosten erfolgt sei. Die Prüfungskommission stellt fest, daß dies nicht der Fall war, die D. M. G. vielmehr an den von ihr gelagerten Holzvorräten nach Millionen zählende Konjunkturgewinne gemacht hat.

Die Prüfungskommission zieht aus ihren gesamten Feststellungen den Schluß, daß in dem besprochenen, mindestens 81 bzw. 96 Millionen Mark Mehrgewinne „jene Wirtschaftspolitik ihren Ausdruck findet, die im Zusammenhang mit den organischen Fehlern der auftragerteilenden Stellen zu einem wesentlichen Teile dazu beigetragen hat, die Teuerung auf allen Gebieten heraufzubeschwören, unter der das deutsche Volk seit Jahren ächzt."

Trotzdem die Kommission diese geradezu haarsträubenden Feststellungen gemacht hat, soll anscheinend nichts unternommen werden, um die Verantwortlichen für diese schamlose Wucherei zur Rechenschaft zu ziehen. Die Begründung, die die Kommission für dieses sonderbare Verhalten gibt, ist einfach klassisch. Die Kommission sagt in ihrem Bericht:

„Darin bildet die D. M. G. aber nicht eine einzelne Erscheinung, sondern nur ein typisches Beispiel für eine große Menge der für Rüstungszwecke herangezogenen Unternehmen, und es wäre nach Ansicht der Prüfungskommission ein Unrecht, wenn diese eine Gesellschaft anders behandelt und beurteilt werden würde, wie jene große Zahl der im Kriege besonders begünstigten Geschäftskreise und Einzelpersonen."

Die Prüfungskommission ist also der Meinung, daß gegen die Daimler-Gesellschaft nicht eingeschritten werden darf, weil die Kriegslieferanten fast alle planmäßig das Reich begaunert und betrogen haben. Diese Logik ist einfach wunderbar! Die Gaunerei braucht nur in größtem Umfange betrieben und in allen Interessenkreisen zur allgemeinen Regel zu werden, dann ist die ganze Gaunergesellschaft gerechtfertigt und bleibt straffrei. Das ist die echte kapitalistische Moral!

Die Oeffentlichkeit aber, soweit sie noch nicht ganz kapitalistisch verseucht und korrumpiert ist, denkt über diese Dinge doch etwas anders. Zunächst muß man fragen: wo stecken die ungezählten Millionen und Milliarden, die dem gewissenlosen Unternehmertum zugeschanzt worden sind und heute als Reichsschulden auf den breiten Massen des Volkes lasten? Und wie steht es mit der Besteuerung der Wuchergewinne, die angeblich fast vollständig weggesteuert werden sollen? Gegen die Arbeiter der Daimler-Werke, die sich gegen die rücksichtslose Eintreibung der Steuern der Arbeiter durch den Abzug vom Lohn auflehnen, läßt die württembergische Regierung jetzt Polizeiwehr mit Maschinengewehren aufmarschieren. Diese Arbeiter werden obendrein brotlos gemacht, in dem man die Betriebe sperrt. Gegen die millionenschweren Aktionäre aber, die Millionen über Millionen eingeschefselt haben, soll nach dem Wunsche der Prüfungskommission nichts unternommen werden!

Es gehört die ganze Unverfrorenheit eines von Industriellen ausgehaltenen Blattes vom Schlage der Post dazu, um angesichts dieser skandalösen Zustände noch über die Steuerverweigerung der — Arbeiter zu schimpfen. Das ehrenwerte Blatt schreibt gerade in diesen Tagen in einem Leitartikel folgende Sätze:

„Er (der Arbeiter) glaubt, die Steuerschraube sei vom Staate nur für die andern, nicht aber für die Arbeiter angezogen worden. Er verweigert ganz offen den nach dem Einkommensteuergesetz vom Arbeitgeber vorzunehmenden Lohnabzug, fordert Rückzahlung der bereits gemachten Abzüge, erzwingt neue Lohnerhöhungen, um die Steuer auf den Arbeitgeber abzuwälzen . . ." Ferner: „Aber die Regierung hat die Pflicht, den Arbeitern klarmachen zu lassen, daß der Grundsatz der steuerlichen Leistungsfähigkeit, nach dem Einkommen berechnet, auch für die Arbeiterschaft zutrifft . . ." Und schließlich: „Gegen die Abwälzung der Steuer auf den Arbeitgeber ist aber Front zu machen, denn es ist ausgeschlossen, daß die Arbeitgeber diese Summen auf die Dauer aufbringen können. Sie müssen sich in ihren Fachverbänden und Vertretungen zu tatkräftiger Abwehr zusammenschließen und die Aufmerksamkeit der weitesten Kreise unsres Volkes auf die Gefahren lenken, die aus der Steuerverweigerung der Arbeitnehmer erwachsen."

Die Post, die bezahlte — Freundin des bis auf die Knochen korrumpierten Kapitalismus als Ruferin im Streit gegen die Unmoral der Steuerverweigerer! Wer denkt da nicht an das bekannte Wort: „Wenn Huren Tugend predigen . . .!"

Man muß aber weiter fragen: Wird man nun endlich dazu kommen, eine allgemeine amtliche Nachprüfung der Kriegslieferungsgeschäfte vorzunehmen? Was soll ferner geschehen, um die durch — sagen wir gelinde — Uebervorteilung des Reichs erzielten Wuchergewinne einzutreiben? Und was soll gegen die verantwortlichen Behörden, die in so unverantwortlicher Weise mit den Geldern des Reichs gewüstet haben, unternommen werden? Schließlich noch eins: Während des Krieges sind doch Gesetze gegen den Wucher geschaffen worden, nach denen Wucherer streng bestraft und die Wuchergewinne eingezogen werden können. Wird die Staatsanwaltschaft auf Grund des veröffentlichten Materials nun endlich einschreiten?

Wir stellen diese Fragen in der Oeffentlichkeit und warten ab, was die maßgebenden Stellen antworten und tun werden. Dabei geben wir uns freilich nicht der Illusion hin, daß nun der ganze Stall ausgeräumt werden wird. Im schlimmsten Fall wird man einige Sündenböcke in die Wüste schicken, an dem System selbst aber wird nichts geändert werden, solange die kapitalistische Wirtschaftsordnung bestehen bleibt. Kapitalismus und Korruption sind unzertrennlich miteinander verbunden. Wenn der entsprechend hohe Profit winkt, stampft der Kapitalismus alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß und es gibt kein Verbrechen, das er dann nicht riskierte. Erst der Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus wird der Menschheit zugleich mit der Erlösung aus den Fesseln des kapitalistischen Ausbeutungssystems auch die Befreiung von allen den Lastern bringen, die dem Kapitalismus anhaften.

Die Parteipresse zu den Moskauer Bedingungen.

Die Diskussion über die Moskauer Bedingungen in der Parteipresse ist bisher in der Hauptsache auf die größeren und führenden Tageszeitungen beschränkt geblieben. Das mag zu einem Teil daran liegen, daß erst heute in einer Sitzung der Parteiinstanzen in Berlin ein abschließender Bericht über die Verhandlungen auf dem 2. Kongreß der 3. Internationale gegeben wird und viele noch hoffen, daß dadurch dem Diktat von Moskau etwas von seiner Ungeheuerlichkeit genommen wird. Eine Hoffnung, die freilich nach bisher veröffentlichten Aeußerungen der an den Moskauer Beratungen beteiligten Genossen ganz unbegründet erscheinen muß.

Eines zeigen die Erörterungen in der Parteipresse heute bereits mit aller Deutlichkeit: Die Gegensätze innerhalb der sogenannten Führerschaft — nicht der in der Partei organisierten Arbeiter — sind so scharf zugespitzt, daß eine klare Scheidung im Interesse des proletarischen Kampfes eine zwingende Notwendigkeit wird, um so mehr, als die angeblich in der Partei Ganz-Links-Stehenden schon durch die Art, wie sie die Massen über die Situation „aufzuklären" suchen, keinen Zweifel über ihre Absichten lassen. Die ganze Frage, die nicht nur für das deutsche Proletariat, sondern für den proletarischen Emanzipationskampf überhaupt, von ausschlaggebender Bedeutung ist, wird von ihnen mit einer für die Partei geradezu beschämenden Oberflächlichkeit behandelt. Selbst Lenin mußte anerkennen und hat das in seiner gegen den „Radikalismus" der KAP.-Leute gerichteten Broschüre deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die Taktik der revolutionären Klassen bedingt wird durch den Reifegrad der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung und daß die erfolgreiche Taktik der Bolschewiki in Rußland nur möglich war auf Grund der historischen Eigentümlichkeiten Rußlands. Er deutet auch an, daß deshalb die in einem Lande geübte Taktik nicht für alle Länder paßt, ja unter Umständen sogar der Revolution schaden kann, eine Erkenntnis, deren Spuren man freilich in dem Moskauer Diktat vergebens sucht. Aber was kümmert das alles die gedankenlosen Anbeter der bolschewistischen Erfolge. Sie machen nicht einmal den Versuch, sich über die Bedingungen, unter denen das Proletariat der wirtschaftlich entwickeltsten Länder, und speziell das deutsche Proletariat zu kämpfen hat, klar zu werden. Täten sie das, so würde es ihnen unmöglich sein, der Arbeiterschaft die Annehmbarkeit der Moskauer Beschlüsse aufzuschwatzen. Sie fühlen diese Schwäche ihrer Position. Deshalb vermeiden sie soviel als möglich ein sachliches Eingehen auf die von dem Moskauer Kongreß diktierten 21 Punkte. Die ganze Parteidiskussion, die ein vorzügliches Mittel zur Aufklärung und Läuterung der Massen werden könnte, wird auf ihrer Seite zu einem öden und würdelosen Geschimpfe über die „opportunistischen Führer" der Partei, womit alle diejenigen getroffen werden sollen, die sich in der kritischen Situation in der Partei stets den kühlen Verstand bewahrt haben und trotz aller Sympathie und aufrichtigen Begeisterung für den heldenmütigen und opferreichen Kampf des russischen Proletariats nicht gewillt sind, die Machtposition der deutschen Arbeiterklasse einer vielleicht blendenden, aber in ihrer Auswirkung schädlichen Taktik zuliebe zu opfern. Typisch für den Kampf der ganz „Radikalen" ist ein Artikel der von Kurt Geyer geleiteten Hamburger Volkszeitung:

Es heißt dann nach einigen einleitenden nichtssagenden Phrasen über die Notwendigkeit praktischer Solidarität mit den kämpfenden russischen Arbeitern:

„Die Bedingungen, die in Moskau gestellt worden sind, müssen deshalb geprüft werden. Diesen Bedingungen gegenüber gibt es nur ein annehmbar oder unannehmbar, ein ja oder ein nein. Die Halbheit einer bedingten Annahme oder bedingten Ablehnung ist gegenüber diesen Bedingungen nicht mehr möglich. Diese Bedingungen aber sind kühl und sachlich zu prüfen."

Von dieser kühlen und sachlichen Prüfung ist aber in dem Artikel nichts zu finden. Kurt Geyer ist fertig mit seinem Urteil. Es heißt: Hinein in die kommunistische Internationale! Er belehrt die Leser noch, daß man die Frage nicht vom Ehrenstandpunkt betrachten dürfe. Denn wer das tue, der ist „durchaus befangen in bürgerlicher Ideologie" und huldigt den „Anschauungen des deutschen Offizierskorps". Die Bedingungen für die Aufnahme in die Dritte Internationale sind vielmehr lediglich zu prüfen unter dem Gesichtspunkt: dienen sie der sozialen Revolution in Deutschland, dienen sie der Weltrevolution?

Nach diesem Dämpfer für alle diejenigen, denen das Entwürdigende des Moskauer Diktats zum Bewußtsein kommt, wirft der Artikelschreiber mit einigen Selbstverständlichkeiten um sich: die Klassengegensätze in Deutschland verschärfen sich; die politischen Spannungen wachsen. Die Dinge in Deutschland treiben einer endgültigen Entscheidung zu; in Europa vollziehen sich die Vorbereitungen für eine große Auseinandersetzung der Arbeiter Europas mit der europäischen Kapitalistenklasse; das kapitalistische System ist zum Untergang verurteilt; der Klassenkampf ist es letzten Endes, der den Untergang des kapitalistischen Systems herbeiführen wird."

Nach diesen Binsenwahrheiten kommt Kurt Geyer zu dem von niemand bestrittenen Satz: „Auf diesen großen unvermeidlichen Endkampf zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum muß eine revolutionäre Partei sich und ihre Anhänger einstellen. Sie muß völlige Klarheit in ihren Reihen schaffen über das Ziel, völlige Klarheit über die Kampfmethoden und die Notwendigkeit des Kampfes. Sie muß die Erkenntnis der Notwendigkeit der Revolution bei ihren Anhängern in Willen umsetzen."

Damit glaubt er aber auch den schlüssigen „Beweis" für die Notwendigkeit der Preisgabe der USP. gegeben zu haben und zeigt nun das wahre Ziel seines Strebens:

„Diese Vorbedingungen erfolgreichen revolutionären Handelns sind in der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratie noch nicht gegeben. In ihren Reihen und vor allen Dingen in den Reihen ihrer Führer ist weder Einheit der Ideologie noch Einheit des Wollens und des Handelns vorhanden. Revolutionäre Elemente stehen neben reformistischen und opportunistischen Elementen. In der ganzen Geschichte der USPD. hat sich herausgestellt, daß jede Aktion der Partei für die soziale Revolution durch diesen Dualismus von vornherein zur Unfruchtbarkeit verdammt war. In der gegenwärtigen Situation ist dieser Dualismus innerhalb der Unabhängigen Sozialdemokratie geradezu ein Hemmnis der revolutionären Entwicklung. Die Ereignisse der letzten Zeit und die Stellungnahme der Partei zu diesen Ereignissen gibt mannigfaltige Beispiele dafür.

Die Gegensätze in der Beurteilung der Situation und der Kampfmethoden kommen klar zum Ausdruck in der verschiedenartigen Stellungnahme der Parteipresse. Die Presse der Partei ist nicht ein Instrument, das benutzt wird, um eine einheitliche revolutionäre sozialistische Ideologie in den Massen zu erzeugen, und ihren Willen in einheitliche Bahnen zu lenken. Die Presse spiegelt vielmehr die innere Zerrissenheit zwischen revolutionären und reformistischen Elementen wider. Die einflußreichsten und größten Organe der Partei, die Freiheit und die Leipziger Volkszeitung, werden systematisch dazu benutzt, um Verwirrung in die Köpfe der Arbeiterschaft zu tragen und opportunistisch-reformistische Ideologien zu nähren. Will die Unabhängige Sozialdemokratie wirklich eine Kampfpartei sein, so ist es notwendig, daß dieser Zustand geändert wird, daß die Presse nicht mehr dazu dient, den Willen und die Erkenntnis der Arbeiter zu hemmen gemäß den Anschauungen einer Anzahl schwächer, aber durch ihre Stellung innerhalb der Partei einflußreicher Opportunisten, sondern daß sie einheitlich die Erziehung des revolutionären Willens und der Klärung der Ideologie der Arbeiterschaft dient. Diese Reinigung der Redaktionen der Parteipresse ist eine innere Parteinotwendigkeit, um die zwischen der Rechten und der Linken der Partei bisher schon heftige Kämpfe geführt worden sind. Wenn in den Bedingungen, die für den Eintritt in die Dritte Internationale gestellt worden sind, die Forderung der Reinigung der Redaktionen der Parteipresse und die Zusammenfassung der Presse zu einheitlichem Wirken gefordert wird, so ist das nichts anderes als das Aussprechen einer Notwendigkeit, die von der Linken der Partei längst erkannt worden ist.

Die Ergänzung zu einer solchen Maßregel aber muß darin bestehen, daß die Partei von allen opportunistischen Elementen gesäubert wird, die in derselben Richtung wirken, wie ein Teil der Parteipresse. Die unheilvollen Wirkungen, die das Vorgehen Karl Kautskys gegen die Partei ausgelöst hat, sind so klargelegt, daß die Forderung der Reinigung der Partei von solchen Elementen heute als eine Selbstverständlichkeit erscheint. Der Prozeß der Reinigung hat bereits begonnen. Heinrich Ströbel ist aus der Partei ausgeschlossen worden, andere Opportunisten haben die Konsequenzen ihrer Anschauungen gezogen und haben die Partei verlassen.

Diejenigen, die trotz ihrer Anschauung noch in einer Partei verbleiben, die nicht eine opportunistische, sondern eine revolutionäre Partei sein will, müssen abgestoßen werden. Wenn die Bedingungen von Moskau unter diesen auch Rudolf Hilferding nennen, so ist das nichts andres als das offene Aussprechen einer Notwendigkeit. Kein andrer hat so stark wie Hilferding die Stellung der opportunistischen Elemente in der Partei gestärkt. Sein Einfluß als Chefredakteur der Freiheit und als beherrschendes Element im Zentralkomitee ist von ihm benutzt worden, um systematisch der Aufklärung der Arbeiterschaft im revolutionären Sinne und der Weckung des revolutionären Willens der Arbeiterschaft entgegenwirken zu können. Hilferding muß ebenso von der Partei abgestoßen werden, wie die andern opportunistischen Elemente, die sich noch innerhalb der Partei breitmachen. Auch dieser Punkt der Bedingungen von Moskau spricht nur Selbstverständliches aus.

Nachdem aber diese Reinigung der Partei und der Parteipresse von den opportunistischen Elementen vollzogen sein wird, ist es notwendig, daß in der Tat die Partei zu einem festen Keil gemacht wird, der gegen die Stellung des Bürgertums vorgetrieben werden kann. An die Stelle der Direktionslosigkeit, die bisher in der Partei geherrscht hat, an die Stelle des Fehlens jeder zentralen Leitung muß eine straffe Zentralisation mit einer wirklich politisch leitenden Spitze treten. Wenn in den Bedingungen von Moskau eine solche Forderung aufgestellt wird, so begegnet sich auch in diesem Punkte wieder die Forderung mit dem, was sich immer mehr in der Unabhängigen Sozialdemokratie als Notwendigkeit herausstellt.

Wir sind uns keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß die große Masse der Arbeiter der USP. diese Bedingungen bejahen wird, wie wir sie bejahen, aber auch nicht darüber, daß die Durchführung dieser Bedingungen nicht ohne schwere Kämpfe innerhalb der Partei vor sich gehen wird. Um das, was hier als Bedingung gestellt wird, ist innerhalb der Partei zwischen dem rechten und dem linken Flügel während der ganzen Zeit, die die Partei überhaupt besteht, heftig gerungen worden. Die Kämpfe werden nun fortgesetzt werden, nur daß die Ziele des Parteikampfes jetzt klarer heraustreten werden als zuvor.

Die opportunistischen Elemente in der Partei, und mit ihnen der opportunistisch geleitete Teil der Parteipresse wird aufschreien über diese Bedingungen. Wir sind darauf gefaßt, eine wütende Explosion des Parteichauvinismus zu erleben. Keine Unterwerfung unter das Diktat von Moskau, das wird die Parole sein, unter der der Kampf von den Opportunisten aufgenommen werden wird. Aber wir halten den Opportunisten von vornherein entgegen, daß es sich nicht um ein Diktat von Moskau handelt, sondern um die Vollziehung von Notwendigkeiten, die die deutschen revolutionären Arbeiter längst erkannt haben. Das Diktat von Moskau ist nichts andres als das Diktat der deutschen Arbeiter gegen die opportunistischen Führer, und wenn der Opportunismus rebellieren wird gegen die Bedingungen, so wird das nichts andres sein als der Ausdruck der Rebellion der opportunistischen Führer gegen den revolutionären Willen der Arbeiter.

Notwendiger denn je zuvor ist heute die Durchführung der Reinigung der Partei von allen opportunistischen Elementen, die Durchführung einer straff zentralistischen Organisation, die Unterbindung aller opportunistischen Eigenmächtigkeiten. Die Rebellion der Gewerkschaftsführer der USP. gegen die Partei, die wir eben erst erlebt haben, macht es ganz klar, daß keinen Augenblick mit der Arbeit an der Reinigung gezögert werden darf. Der linke Flügel der USPD. muß den Kampf gegen den Opportunismus durchkämpfen. Er hat bisher lange genug gezaudert und ist langmütig genug gewesen gegenüber den opportunistischen Tendenzen. Es ist Pflicht gegenüber der Weltrevolution, mit der größten Entschlossenheit und Entschiedenheit heute die Reinigung der Partei und die Eingliederung der Partei in die Weltorganisation der kommunistischen Internationale zu erkämpfen. Das bedeutet nicht Spaltung der Arbeiterklasse, sondern Einigung, nicht Zerreißung der revolutionären Front, sondern Schaffung

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200901/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

einer Einheitsfront der revolutionären Arbeiter. **Aus dieser Reinigung, die eine Notwendigkeit der Weltrevolution darstellt, muß in Deutschland die große deutsche kommunistische Massenpartei herauswachsen, die all die Truppen der revolutionären Arbeiter sammelt, die heute no chzersplittert sind.**

Reinigung der Unabhängigen Sozialdemokratie von den opportunistischen Elementen, Anerkennung der Bedingungen von Moskau, Eintritt in die Dritte Internationale, Zusammenschluß der revolutionären Arbeiter zu der großen deutschen kommunistischen Massenpartei, das ist die Parole für die revolutionäre Arbeiterschaft.

Das also ist der Zweck der Uebung: Weil die Geyer, Däumig, Stöcker, Koenen bisher mit ihrer verschrobenen Ideologie nicht durchgedrungen sind, weil ihnen die „opportunistischen" Führer (die Worte Opportunismus u. opportunistisch haben den Schreiber so berauscht, daß er sie zirka 30mal in seinem Artikel hervorhebt) und die führenden Parteizeitungen im Wege sind, deswegen muß sich die Partei unter die Moskauer Bedingungen fügen. Die „opportunistischen" Führer sollen fliegen, damit die ganz „Radikalen", deren Führertalent bisher allerdings recht wenig hervorgetreten ist, sich als Gründer der großen kommunistischen Partei Deutschlands auftun können. „Es wird zwar nicht ohne schwere Kämpfe abgehen!" Aber was tuts. Mag die Partei dabei zu Grunde gehen. Der Zweck heiligt das Mittel. Das ist der Sinn des Artikels.

Es fragt sich nur, ob die Arbeiterschaft dabei mitspielt. Wir halten die Masse der Parteigenossen für politisch reif genug, um der beabsichtigten Irreführung den nötigen Widerstand entgegenzusetzen, nicht im Interesse der Organisationsform, sondern im Interesse des proletarischen Klassenkampfes und des Sozialismus.

Escherische als Rebellen und „verfassungstreue Männer".

In der Provinzpresse der Provinz Brandenburg, u. a. auch in dem amtlichen Neuruppiner Tageblatt, erscheint ein Aufruf an die „Männer der Mark und der bedrohten Ostmark". Die Kundgebung stellt einen Ruf zur Sammlung der Reaktion, in erster Linie des Agrariertums dar. Der Aufruf beginnt mit grausigen Schilderungen der Lage in Deutschland. Die von „fremdländischen Elementen verhetzten Massen," die Ruhe und Ordnung bedrohen, die „Gefahr im Osten" und der „rachsüchtige Feind im Westen" sind die Schreckgespenster, die zitiert werden, um der Landbevölkerung das Gruseln beizubringen. Diese Gefahren bedrohen Deutschland mit dem Untergang. Und dann wird gesagt: Um Deutschland vor diesem Untergange zu schützen, habe man sich „seit Monaten in ganz Deutschland mit großem Erfolg zu einem Selbstschutz organisiert." Und zwar mit Wissen maßgebender Stellen der Regierung. Nun aber trete die preußische Regierung dieser erfolgreichen Tätigkeit entgegen und mache das Landvolk wieder schutz- und hilflos gegen die angebliche Mord- und Raublust des großstädtischen Proletariats.

Es folgen Kraftworte, die das Landvolk auffordern, sich durch die verfassungsmäßige Regierung nicht stören und die frisch sprudelnde „Kraftquelle" der Reaktion nicht verschütten zu lassen. Den Schluß bildet sodann das folgende heroische Bekenntnis:

„Uns schreckt kein Zuchthaus, keine Todesstrafe, denn auf unserer Seite ist das sittliche Recht und — Gottseidank — die Macht. Darum bleibt der Selbstschutz bestehen, solange wir es für nötig halten!"

Das ist eine offene Aufforderung zum Widerstand gegen die Regierung, das ist die Vorbereitung zum Bürgerkrieg, das ist eine neue Kriegserklärung der Reaktion. Der Aufruf zeigt von neuem, welche Zwecke in Wirklichkeit diese „Selbstschutz"-Organisationen, die unter der Leitung des Organisators der Gegenrevolution, des Herrn Escherich, in ganz Deutschland zentralistisch zusammengefaßt sind, verfolgen. Und die Führer dieser Organisationen versuchen immer noch in so dreister Weise die Oeffentlichkeit über den wahren Charakter der „Selbstschutz"-Organisationen zu täuschen, wie es in den von uns gestern besprochenen Inseraten der Organisation Escherich in der sächsischen bürgerlichen Presse geschieht. Sie schreiben von der „Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung," von der „Versöhnung der Volksklassen" und predigen den Bürgerkrieg. Sie reden von der „Sicherung der Verfassung" und rufen zum gewaltsamen Widerstand gegen die verfassungsmäßige Regierung auf. Sie sprechen von der „Erhaltung des deutschen Reiches" und drohen fortgesetzt, die Reichseinheit in Stücke schlagen zu wollen, wenn sich die Regierungen nicht dem Diktat des Herrn Escherich fügen wollen. Und man hört nichts davon, daß die Regierungen und ihre untergeordneten Organe gegen die Gesetzesverächter etwa mit ähnlichen Mitteln vorgingen, die sie gegenüber der radikalen Arbeiterschaft anzuwenden belieben. Im Gegenteil, der Oberpräsident von Ostpreußen schließt sogar einen Pakt mit den Escherichen ab, wie die folgende Meldung aus Königsberg zeigt:

„In Anwesenheit und unter tätiger **Mithilfe des Dr. Escherich** ist, wie der dortige Sonderberichterstatter der Telegraphen-Union erfährt, in Königsberg endlich eine alle Teile befriedigende **Einigung zwischen dem Selbstschutz Ostpreußen und dem Oberpräsidenten** erreicht worden. Der Schutz der Provinz durch ihre verfassungstreuen Männer in schwieriger Zeit ist hierdurch sichergestellt.

Das Telegraphenbureau fügt der Meldung die Bemerkung hinzu, daß dadurch bewiesen sei; „daß auch die maßgebenden Stellen in Ostpreußen sich davon überzeugt hätten, daß Escherich im Einklang mit seinem bekannten Programm auch dem Wohle des ganzen dienen kann."

Wir meinen dagegen, daß durch diese Vereinbarung — vorausgesetzt, daß die Meldung richtig ist — bewiesen wird, daß es in Preußen noch immer einflußreiche amtliche Stellen gibt, die ihrer vorgesetzten Behörde, dem Ministerium, direkt entgegenarbeiten. Es wird bewiesen, daß Behörden, die nach dem Abkommen von Spa verpflichtet sind, bei der Entwaffnung der Bevölkerung mitzuhelfen, für die stärkere Bewaffnung der reaktionären Junker und des konterrevolutionären Bürgertums sorgen. Es erscheint demnach so, als habe die Reichsregierung, deren Organe sich in erster Linie um diese skandalösen Zustände kümmern müßten, weder die Macht noch den festen Willen, ihren Gesetzen Achtung zu verschaffen. Es zeigt sich immer deutlicher, daß die Regierung nur dann stark ist und in der rücksichtslosesten Weise durchgreifen kann, wenn es gilt, gegen revolutionäre Arbeiter vorzugehen. Die Arbeiterschaft wird daraus die Konsequenzen zu ziehen wissen.

Die Bestände der Deutschen Bücherei in Leipzig gefährdet.

Der Friedensvertrag verpflichtet Deutschland, die in den besetzten Gebieten Nordfrankreichs und Belgiens zerstörten Büchereien wiederherzustellen. Die dort durch den Krieg entstandenen Verwüstungen sind ganz enorm. Unter anderem verlangt allein die große, durch Feuer umgekommene Bibliothek von Löwen 300 000 Bände, dazu 1500 Handschriften und 1500 Incunabeln.

Die französische Regierung hat, wie das B. T. von unterrichteter Seite hört, der deutschen Regierung vorgeschlagen, ihr die Bestände der Deutschen Bücherei in Leipzig, datierend vom 1. August 1914, zu überlassen. Alsdann würde Frankreich auf den speziellen Wiederaufbau der einzelnen zerstörten Bibliotheken Frankreichs verzichten. Die französische Regierung ließ sich bei ihrem Wunsche von der Erwägung leiten, daß infolge des Krieges die französischen Bibliotheken zirka fünf Jahre lang nicht in der Lage waren, die Neuerscheinungen des deutschen Büchermarktes zu erwerben. Die deutsche Regierung hat es indessen abgelehnt, dem Kompensationsvorschlage Frankreichs Rechnung zu tragen, da die Erfüllung des Wunsches gleichbedeutend mit einer nicht wieder gut zu machenden Schädigung des deutschen Bibliothekwesens sein würde.

Abermals eine entlarvte Lockspitzellüge.

Vor einiger Zeit wurde in der reaktionären deutschen Presse die Bildung einer großen Roten Armee in Hamburg geleitartikelt, und zwar so, daß sich die Reichsregierung dem Verbreiter der Mitteilungen, einem Hamburger deutschnationalen Journalisten namens Holtz, zur Berichterstattung nach Berlin kommen ließ. Wir haben damals sofort darauf hingewiesen, daß dies völlig überflüssig sei, weil die Alarmmeldungen nach dem üblichen Schema der reaktionären Spitzelfabriken aufgezogen waren. Nunmehr teilt die mit der Untersuchung der Angelegenheit betraute Hamburger Polizeibehörde unserm Parteiorgan, der Hamburger Volkszeitung, mit, daß die Untersuchung abgeschlossen und die Akten der zuständigen Staatsanwaltschaft zur weiteren Bearbeitung übergeben worden seien. Sie bemerkte dazu:

Schon jetzt läßt sich sagen, daß die Tatsachen stark übertrieben worden sind, so daß nicht der geringste Anlaß zur Beunruhigung vorliegt . . .

Diese sehr vorsichtig formulierte Erklärung der Lügenhaftigkeit der ganzen Holtzschen Kriegsberichte erweist abermals den Tiefstand der reaktionären Presse, daß sie sich nicht scheut, jeden Angriff gegen die Arbeiterbewegung ihre Spalten kritiklos zu öffnen, um politische Geschäftchen zu machen. Den Fluch der Lächerlichkeit fürchten die Leute nicht, sie haben jedes Gefühl für politische Reinlichkeit verloren.

Noch keine Einigung in Stuttgart.

Stuttgart, 1. September. (W. T. B.) Die Lage im Generalstreik hat sich nicht verschärft, aber auch nicht gebessert. Vor allem ist es den Streikenden darum zu tun, die Eisenbahner auf ihre Seite zu bringen, bis jetzt jedoch vergeblich. Die Generaldirektion hat bekanntgegeben, daß jeder Angestellte der streikt, sich als entlassen betrachten muß und eine Wiedereinstellung nicht in Frage kommt. In verschiedenen Orten des Landes wurden Anschläge gegen die Eisenbahn (?) versucht, jedoch rechtzeitig vereitelt. Uebrigens macht sich schon eine gewisse Streikmüdigkeit bemerkbar, so daß die Führer zum Aushalten auffordern müssen. In Ulm hat eine Geheimabstimmung in sämtlichen Betrieben eine gewaltige Mehrheit gegen den Streik ergeben. In einer Versammlung der Betriebe Stuttgarts wurde beschlossen, sich dem Steuerabzug zu unterwerfen und die sofortige Zurückziehung der Truppen aus den Betrieben zu verlangen. Die Regierung wird jedoch die Polizeiwehr erst dann aus den betroffenen Betrieben zurückziehen, wenn die Gewähr vorhanden ist, daß die öffentliche Ruhe nicht mehr gestört werde.

Die Lage in Oberschlesien.

Verzögerung in der Durchführung der getroffenen Vereinbarungen?

Kattowitz, 1. September. Die Besatzungstruppe übt auf verschiedenen Bahnhöfen Oberschlesiens eine sehr scharfe Kontrolle der Reisenden aus. In Kattowitz-Land ist der Polizeidienst meist noch in den Händen der Polen, die größtenteils noch bewaffnet sind. Die polnisch-deutsche Grenze ist vollkommen offen. Die Kattowitzer Polen meldeten bei der interalliierten Kommission vier Millionen Schadenersatz an, die die deutschgesinnten Einwohner der Stadt tragen sollen.

Die Ermordung deutscher Arbeiter in Josephthal.

Wie die Regierung mitteilt, sind wegen der bereits gemeldeten Ermordungen deutscher Arbeiter in Josephsthal alle Schritte eingeleitet worden, die zur Aufklärung der Angelegenheit und Bestrafung der Schuldigen führen könnten. Es erscheint jedoch als unwahrscheinlich, daß bei dem Fehlen jeglicher Anhaltspunkte die Täter ermittelt werden können.

Kattowitz, 31. August. (W. T. B.) Ueber den Massenmord von Josephsthal bei Deutsch-Piekar, wo nun schon zehn Leichen grausam getöteter deutscher Arbeiter gefunden worden sind, treffen neue Meldungen mit entsetzlichen Einzelheiten ein. Von privater Seite wird uns berichtet: Alle zehn Opfer stammen aus dem Schlafhaus Maczeikowitz, das von den Polen am 20. August erstürmt wurde. Der Mord ist jedenfalls am 23. August erfolgt. Erkannt ist bisher nur eine von den Leichen und zwar als die des Schlafhausmeisters Los. Als einer der Täter wird ein gewisser Mjdok genannt, der mit mehreren Brüdern die ganze Gegend dort aufgewiegelt haben soll und seit der Untat flüchtig geworden ist. Die Leichen, die aus den beiden Massengräbern zutage gefördert wurden, boten ein grauenerregendes Bild. Nach dem Aussehen der Wunden und der zerstörenden Wirkung der Kopfschüsse waren die Schüsse alle aus nächster Nähe abgegeben, aber gerade deshalb zwingt die Anzahl der Schüsse zu der Vermutung, daß die Mörder ihre Opfer durch schlechtes Zielen absichtlich und grausam gemartert haben. Außerdem waren die Leichen der ganzen Oberkleidung, des Schuhzeugs usw. beraubt und wie Viehkadaver durcheinander geworfen. Die englischen Offiziere, die der Oeffnung des zweiten Grabes mit fünf Leichen anwohnten, hielten mit den Ausdrücken ihres Abscheus vor der unmenschlichen Brutalität der polnischen Mörder nicht zurück. In den deutschen Kreisen ist die Entrüstung ungeheuer.

Sperrung der oberschlesischen Kohlenausfuhr nach Deutschland.

Berlin, 1. Sept. Die Sperrung der Kohlenausfuhr aus Oberschlesien nach Deutschland wird von der Deutschen Allgemeinen Zeitung gemeldet. Die Aufhebung wird jedoch stündlich erwartet. An sachverständiger Stelle hält man die Sperrung lediglich für eine vorübergehende Maßnahme, um die Kohlenreserven auf den Halden der Bergwerke zu erhöhen. Durch den Streik waren diese Bestände stark angegriffen worden. Das ändert natürlich, wie das genannte Blatt sagt, nichts an der Tatsache, daß dadurch Deutschland wieder einseitig und schwer benachteiligt worden ist.

Keine Autonomie für Oberschlesien.

Wie die Regierung mitteilt, ist die Meldung der Berliner Germania, daß für Oberschlesien ein Autonomiegesetz in Vorbereitung sei, nicht zutreffend. Diese Nachricht ist allein schon deshalb völlig unwahrscheinlich, weil die in Frage kommenden Behörden augenblicklich mit dem Abbau der Unruhen viel zu stark beschäftigt sind, als daß sie jetzt durch ein Autonomiegesetz neue Erregung in die Bevölkerung hineintragen würden.

Unterbrechung der russisch-polnischen Verhandlungen.

Ueber den russisch-polnischen Krieg und die Lage im Osten liegen heute nur spärliche Nachrichten vor. Mit Bestimmtheit geht aus den eingelaufenen Telegrammen hervor, daß die Verhandlungen in Minsk bis auf weiteres unterbrochen sind. Ein Teil der polnischen Delegierten ist nach Warschau zurückgekehrt. Nach der Abreise der polnischen Vertreter sind auch die polnischen Abgesandten nach Moskau abgereist. In Warschau sollte gestern eine Sitzung des Rates der Nationalen Verteidigung zur Entgegennahme des Berichts der Minsker Delegierten stattfinden. Entscheidende Beschlüsse dürften aber in dieser Sitzung noch nicht gefällt worden sein. An einen endgültigen Abbruch der Verhandlungen glaubt man in Warschauer maßgebenden Kreisen nach den vorliegenden Meldungen nicht. Vielmehr rechnet man damit, daß eine Einigung mit der Sowjetregierung über die Fortsetzung der Verhandlungen an einem andern Orte in den nächsten Tagen erzielt werden wird. Vom amerikanischen Staatsdepartement soll Polen eine zweite Note zugegangen sein, in der die polnische Regierung nochmals auf die bedenklichen Folgen eines Vordringens der polnischen Truppen auf russisches Gebiet hingewiesen wird.

Zu den Friedensbedingungen sind von den Polen Gegenvorschläge gemacht worden, die wir an andrer Stelle wiedergeben. Bemerkenswert ist die Schärfe, mit der die russische Forderung auf Verminderung des Heeres als entwürdigend zurückgewiesen wird. Außerordentlich bedenklich und für Rußland wohl unannehmbar ist die Bedingung, daß sich Polen vorbehält, allein an der russischen Grenze ein Heer von 200 000 Mann zu unterhalten. Auch dürfte Rußland nach den Erfahrungen, die es mit der bisher von der polnischen Regierung betriebenen Eroberungspolitik gemacht hat, nicht geneigt sein, auf die polnische Forderung einzugehen, zugleich mit Polen die Demobilisation vorzunehmen.

Die Meldungen über die militärische Lage bestätigen, daß neue russische Vorstöße an einzelnen Teilen der Front unternommen worden sind, die besonders im südlichen Frontabschnitt zu Teilerfolgen der russischen Truppen geführt haben. Der polnische Heeresbericht meldet noch einige polnische Erfolge im Norden, insbesondere die Besetzung von Augustowo. Weiter heißt es:

Unsern Angriffen im Abschnitt Bialystok hielt der Feind nicht stand, sondern zog sich nach Osten zurück. Unsre Abteilungen besetzten Scholka, Grodek und Narew. Bolschewistische Abteilungen, die uns im Raume von Mala Narewka energischen Widerstand entgegenzusetzen versuchten, wurden zerstreut, und in die Flucht gejagt. Im Abschnitt Brest-Litowsk herrscht Ruhe. In der Gegend von Zamosc setzen unsre Abteilungen den Angriffen der Reiterarmee Budjennys starken Widerstand entgegen. Am Abschnitt östlich Lemberg keine Veränderung. Feindliche Angriffe auf Zadworze und Pohorylce wurden abgeschlagen. Im Raume von Zydaczow und Choworow wird das Gelände durch unsre Truppen von kleinen feindlichen Kavallerieabteilungen gesäubert.

Von der südrussischen Front melden russische Berichte eine vernichtende Niederlage eines Teils der Wrangelschen Truppen.

Neue Vorstöße der Russen.

Berlin, 1. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berliner Tageblatt meldet unterm 31. August aus Königsberg: Am 29. August wurde von den Polen kampflos Augustowo, am 30. August nach Kämpfen Suwalki besetzt. Polnischen Patrouillen sind in Sokolka und südlich Bialystock in Narew aufgetreten. Trotz des Widerstandes der Polen dauert der Vormarsch der Budjenny-Armee an. Oestlich Lemberg finden für die Russen günstige Kämpfe statt. Aus Neidenburg wird gemeldet: Polnische Truppen sind nach Janow gerückt, um in Mlawa und Prasnitz versendet zu werden. In der Nähe von Prasnitz soll die 15. russische Armee bereits wieder in schwere Kämpfe mit den Polen verwickelt sein. Gerüchtweise verlautet, daß die deutschen Beamten aus dem Soldauer Gebiet ausgewiesen werden sollen. In der Gegend von Bialitten ist neues polnisches Militär eingetroffen. An der Grenze herrscht Ruhe.

Schwere Niederlage Wrangels.

London, 31. August. Kamenew teilte mit, daß die Landungstruppen des Generals Wrangel im Kubangebiet vollständig vernichtet sind. Die Roten Truppen hätten ihre Verbindungen abgeschnitten und sie umringt.

Bedrohung Litauens durch die Polen.

Berlin, 1. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Unser Berliner Korrespondent telegraphiert aus Kowno unterm 31. August: Suwalki nach Kämpfen von den Polen besetzt. Die litauische Neutralität ist gefährdet. Es besteht ein Konflikt zwischen Polen und Litauen. Die Litauer haben eine Note an die Entente gedrahtet, daß sie sich alle Schritte vorbehalten müßten, falls die Polen weiter vorgehen. Die russische Offensive steht von Grodnow aus für die nächsten Tage bevor. Axelrod hofft, daß es gelingt, den polnischen Korridor erneut abzuschneiden.

Deutschland.

Die Verhaftung deutscher Kommissare in Polen.

Wegen der bereits gemeldeten Verhaftung deutscher Ueberleitungskommissare hat das Auswärtige Amt sofort bei der polnischen Regierung die Freilassung der Verhafteten und die Bestrafung der schuldigen polnischen Beamten gefordert. Der Kommissar in Schwedt ist bereits aus der Haft freigelassen worden. Ueber das Schicksal des Thorner Kommissars sind Ermittlungen eingeleitet worden.

Kleine Auslandsnachrichten.

Große Mehrheit der englischen Bergarbeiter für der Streik.

Amsterdam, 30. August. Algemeen Handelsblad zufolge wurden nach den letzten Berichten bei der Abstimmung der englischen Bergarbeiter 465 999 Stimmen für und 132 262 Stimmen gegen den Streik abgegeben.

Von Nah und Fern.

Verunglückte Ruderer.

Schwerin, 30. August. Die Mecklenburgische Zeitung meldet: Fünf Ruderer des Schweriner Rudervereins unternahmen gestern nachmittag eine Sportfahrt nach Bad Kleinen. Gegen Abend traten sie trotz der Warnung von Insassen eines Segelbootes die Rückfahrt an. Heute morgen wurde bei der Goldburg das Boot kieloben treibend aufgefischt. Anscheinend haben alle fünf Ruderer den Tod in den Wellen gefunden.

Stockholm, 1. September. Bei einer Segelbootspartie in der Nähe der Stadt Arvika verunglückte am Sonntag der 25jährige deutsche Orgelbauarbeiter Max Friedemann aus Gera.

Schweres Automobilunglück.

Danzig, 1. September. Am Sonntag abend wurden bei einem Zusammenstoß zweier Automobile auf der Chaussee Langfuhr—Oliva drei Personen getötet und eine weitere schwer verletzt.

Ueberschwemmung in Oesterreich.

Wien, 30. August. Infolge des anhaltenden Regens sind einige Nebenflüsse der Donau, wie die Traun und die Enns, über ihre Ufer getreten und haben weite Flächen Land überschwemmt, und auch einige Ortschaften, darunter Steyer, teilweise unter Wasser gesetzt. An Wohnungen und Kulturen wurde großer Schaden angerichtet. Die Blätter melden aus Gmund, daß der Rathausplatz, ein Teil der Esplanade und die Traunpromenade unter Wasser stehen, doch sei seit heute das Wasser im Sinken begriffen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Georg Rast in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Piller, Borsdorf-Leipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200901/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Neues Theater.

Augustusplatz. (Fernruf 1410.)

Mittwoch, den 1. September 1920

— Bei aufgehobenem Anrecht: —

5. Meß-Sondervorstellung:

Unter Mitwirkung von Barbara Kemp von der Staatsoper in Berlin und Kammersänger Richard Schubert vom Stadttheater Hamburg.

Tannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg

Große romantische Oper in 3 Akten von Richard Wagner.

Musikal. Leitung: Prof. Otto Lohse. In Szene gesetzt von Karl Schäffer.

Personen: Hermann, Landgraf von Thüringen (Hans Müller); Tannhäuser, Wolfram von Eschenbach, Walter von der Vogelweide, Biterolf, Heinrich der Schreiber, Reinmar von Zweter, Ritter und Sänger (*, *, Alfred Kase, Hans Lißmann, Oskar Lassner, Alfred Voigt, Emil Herbelling); Elisabeth, Nichte des Landgrafen (* *); Venus (Emmy Streng); Ein junger Hirt (Hedwig Borchers); Pagen (C. Albrecht, Lene Eichler, Olga Wittlemann, Mela Hermann). Ritter, Edelfrauen, Edelknaben, Pilger, Sirenen, Bacchantinnen.

Ort: Thüringen, Wartburg. — Zeit: Anfang des 13. Jahrhunderts. Choreographie, angeordnet von Emma Grondona, ausgeführt von Gertrud Hofmann, Vera Bergmann, Ilse Schmidt, Tänzerinnen und Tänzern.

* * Kammersänger Richard Schubert vom Stadttheater Hamburg

* * Barbara Kemp von der Staatsoper in Berlin

Große Preise. Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Donnerstag, den 2. September: Bei aufgehobenem Anrecht: 6. Meß-Sondervorstellung: Wenn ich König wär. Anfang 7½ Uhr.

Freitag, den 3. September: Bei aufgehobenem Anrecht: 8. Meß-Sondervorstellung: Carmen. Anfang 7½ Uhr.

Altes Theater.

Richard-Wagner-Platz. (Fernruf 1410.)

Mittwoch, den 1. September 1920

Meine Frau, die Hofschauspielerin.

Lustspiel in 3 Akten von Alfred Möller und Lothar Sachs.

In Szene gesetzt von Karl Huth.

Personen: Dr. Kurt Reichersberg, Schriftsteller (Fritz Reiff); Maria Reichersberg-Wallot, Hofschauspielerin, seine Frau (Käte Wittenberg); Else, seine Schwester (Marianne Berger); Willi Strupp, Karikaturenzeichner (Willi. Engel); von Raschwitz, Rennstallbesitzer (Adolf Winds); Erich Wolters, cand. phil. (Herbert Hübner); Emil Köppke, Rentier (Karl Huth); Walter Eggershoff, Oberspielleiter (Gustav Colmar); Theo Mansfeld, Schauspieler (Artur Niklas); Ernst Holbein, Schauspieler (Oskar Berger); Lotte Burg, Schauspielerin (Ella Ott); Erna Lind, Schauspielerin (Luise Lessing); Felix Arnsberg, Opernsänger (Werner Hartmann); Kuhmann, Inspizient (Jul. Brebel); Heinrich, Diener bei Dr. Reichersberg (Hans Peschler).

Ort der Handlung: Der 1. und 2. Akt spielt in der Wohnung von Dr. Reichersberg. Der 3. Akt im Künstlerzimmer des Neuen Komödienhauses.

Pause nach dem 2. Akt.

Erhöhte Preise.

Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Studenten- und Schülerkarten ungültig.

Donnerstag, den 2. September: 7. Meß-Sondervorstellung: Der Kaufmann von Venedig. Anfang 7½ Uhr.

Freitag, den 3. September: Der Misanthrop: Die Heirat wider Willen. Anfang 7½ Uhr.

Theater in der Elsterstraße, Kammerspiele. Fernr. 12300.

Der große Erfolg! Der große Erfolg!

Nur noch Mittwoch, Donnerstag und Freitag, abends 7½ Uhr:

Eugen Burg und **Julius Falkenstein** in

Das höhere Leben

Komödie in 4 Akten von Hermann Sudermann.

Ab Sonnabend, den 4. September:

Ida Wüst und **Bruno Kastner** in

„Untreu"

Komödie in 4 Akten von Bracco.

Krystall-Palast

Theater. Fernspr. 7071

Täglich abends ½8 Uhr:

Der neue September-Spielplan

Auftreten folgender Künstler:

5 Balasis 5

Akrobaten.

Läpp & Hähel Exzentriker.	**Wallno & Georgette** Grotesk- und Karikaturentänze.
Dr. Angelo's Lebendes Porzellan.	
Gebr. Maningo Kopf-u. Handstandkünstl	**Else Siebert** Mal-Akt.
Smaragda's Dressuren.	
5 Ogeritas 5 Span. gymn. Neuheiten.	**Optische Berichterstattung.**
3 Evans 3 Rad- und Motorrennen auf der Bühne.	

Battenberg

Varieté. Täglich abends ½8 Uhr: Das **neue** **Mess-Varieté-Programm**	**Theater.** Abends ½8 Uhr: **„.... Wat ick jern hab!"** Ein heiteres Stück von Kirchhoff u. Hilmar. Morgen: **„.... Wat ick jern hab!"**

Vorverk.: Tagesk. Zig.-G. K. Hirsch, Katharinenstr. 6.

Weinpalast Eden

Kurprinzstr. 2. Tel. 15902.

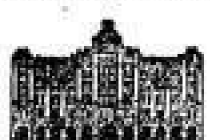
Täglich Moderne Tanzaufführungen

SARRASANI

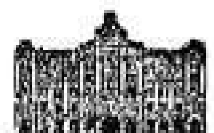
Mittwoch 3 Uhr und 7½ Uhr:

2 × Wild-West

Letzte Aufführungen dieses großen romantischen Reiterspieles. :: Keine erhöhten Eintrittspreise. Nachmittags halbe Preise für Kinder. Vorverkauf: Ury Gebr. Nur noch kurze Zeit in Leipzig.



Volkshaus



Kaffee Kuchen	**Morgen ab ½7 Uhr** **Wiederholung** —der—	Küche Keller

Meß-Feier im Orient

Leben und Treiben in Konstantinopel.

Herrliche Dekoration ∴ Brillante Illumination

20 Mann starkes Schütze-Orchester.

Sanssouci

Morgen ab ½7 Uhr Sonntag ab ½5 Uhr **Ball**

Vorzügliche Abendkarte zu zivilen Preisen.

Die große Welt

im Felsenkeller, L.-Plagwitz

Die Hochburg Gutmanns weltbekannter Unterhaltungs-Tänze.

Morgen Donnerstag sowie jeden Sonntag:

Die illustrierte Ballschau.

Einzigartige Darbietungen, wie dieselben bisher kein :: andres Ballhaus brachte ::

Ballmusik: Leipzigs bestes Tanzorchester

Rasse — Klang — Können — Bewegung.

Gewöhnliche Eintrittspreise.

Heizungsmonteure und Helfer

Sonnabend, den 4. September 1920

Herbst-Vergnügen

im **Volkshaus.**

Mitwirkende: Internationale Artisten-Loge, Gustav-Schütze-Orchester.

Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein

Der Festausschuß.

Einlaß 5 Uhr :: Anfang 6 Uhr

Beginn des Vortrages 8 Uhr

Karten einschl. Steuer 1.50 Mk., Garderobezwang.

Alles kauft

Webe-Batterien

Zur Messe:

Baumesse, Markt 8, II/232.

Beste Bezugsquelle für Schuhmacher

Heinrich Berthold

Lederhandlg., **Leipzig,** Nikolaistr. 20-26

Leder-Ausschnitt

Die richtige Bezugsquelle für

Frische Seefische

Räucherwaren

Marinaden :: Salzheringe

ist die

D. D. Nordsee, Reichsstr. 25

Täglicher Eingang frischer Ware.

Beachten Sie mein reichhaltiges Lager in **Uhren und Goldwaren**

Eig. Reparaturwerkst. für Uhren u. Goldwaren. Billigste Preise, steter Eingang v. Neuheiten

Hermann Kriesel Nachf. Ranstädter Steinweg 13.

Medicinisches Institut f. klinische Untersuchungen u. auch physikalische Therapie

Packhofstrasse 13, I.

Dr. med. Heilmann, Arzt für innere Krankheiten, besond. Herzerkrankungen

Von der Reise zurück.

Von der Reise zurück

Zahnarzt Dr. Bruchlos

Trauringe massiv Gold

Gustav Kaniss

Tauchaer Str. 6.

ff. Kognak-

Vorschnitt, 45 Prozent

¾ Liter Mk. 40.—

empfiehlt

L. O. Kaspar Nachf.

L.-Plagwitz

Zschochersche Straße 30.

Zigaretten

Sonder-Angebot

190 und 220 M

per 1000 Stück

mit Mundstück, ohne Mundstück, Goldmundstück.

M. Glaser, Leipzig 1

Katharinenstr. 17

Laden. — Tel. 3918.

Die Industrie sucht Ideen und Erfindungen.

Erfinder

erhalten Anregung zum Erfinden in unserer Broschüre kostenlos.

Pigeit & Hübscher

Breslau 5/246

Unsere **Meßmuster** in

Gas- und elektrischen Kronen, -Lampen usw.

sollen im

Ausstellungslokal

Reichsstr. 15

billig abgegeben werden.

Haut-, Geschlechts-

u. Harnleid., vorz. nerv. Schwäche behand. **Dr. med. Dorl,** nicht approbiert. Mitgl. naturwiss. Gesellsch. Leipzig, Kurprinzstr. 5, Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr.

Offene Beine, Unterschenkelgeschwüre, **Krampfaderschäden** behandelt nach bewährter Methode

Apotheker Hauptmann,

L.-Gohlis, Marbachstraße 2. Straßenbahn 6. Sprechzeit 10—1, 3—5. Sonnt. vorm.

Alt-Metall Zeitungen Lumpen, Bücher

kauft in jeder Menge auch v. Händlern u. Hausierern

Otto Altenburg

Hospitalstr. 2. Tel. 9769.

Felle

aller Art und jd. Quantum

Schafwolle

kauft laufend

Einkaufs-Zentrale Weigler, Dorotheenplatz

Ecke Zimmerstraße

Alte wollene

Strümpfe u. Tibet

Neutuchabfälle

Lumpen // Baumwolle

Weinflaschen und kl. dän. Milchflaschen

Kupfer // Messing

Blei // Zinn // Zink

Zeitungen / Bücher

Moschpapier und alle Arten Felle

kauft dauernd, auch von Händlern:

Rohproduktenhandlg

Nadelreich

Moltkestr. 15, Tel. 1354

Sonnabend geschlossen.

Neues Operetten-Theater.

Dresdner Straße. (Fernruf 2843.)

Mittwoch, den 1. September 1920

Die schöne Helena.

Burleske Operette in 3 Akten von Meilhac und Halévy.

Musik von Jacques Offenbach.

(In der Bearbeitung von Professor Max Reinhardt.)

(Ohne Ouvertüre.)

In Szene gesetzt von Ludwig Habit. Musikal. Leitung: Otto Findeisen.

Personen: Paris, König Priamus Sohn (Walter Grabe); Menelaus, König von Sparta (Ludwig Habit); Helena, dessen Gattin (Marg. Rößner); Agamemnon, König der Könige (Willy Burg); Klytemnestra, dessen Gemahlin (Emmy Navarra); Orestes, dessen Sohn (Charlotte Schädrich); Pylades, dessen Freund (Martha Büttner); Calchas, Großaugur des Jupiter (Rudolf Ruder); Achilles, König von Phthia (Josef Trautmann); Ajax I., König von Salamis (Georg Feldegger); Ajax II., König von Locris (Karl Eichler); Philocomos (Eduard Barfs); Euthicles (Karl Diepmann); Bacchis (Sabine Herbig); Leaena (Frieda Bollier); Parthenis (Ellen Köhler); Thetis (Erna Hansen); Teibaimina (Joh. Penneroth). Wachen, Sklaven, Dienerinnen, Volk.

1. Akt: Das Orakel — 2. Akt: Der Traum — 3. Akt: Die Entführung

Ort: Griechenland — Zeit: Mythologisches Altertum.

Pause nach dem 1. Akt.

Besetzungsänderungen vorbehalten.

Erhöhte Preise. Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10¼ Uhr.

Studenten- und Schülerkarten ungültig.

Donnerstag, den 2. September: Die Faschingsfee. Anfang 7½ Uhr.

Freitag, den 3. September: Die Fledermaus. Anfang 7½ Uhr.

Leipziger Schauspielhaus.

Sophienstr. 17/19. Direktion: Fritz Viehweg. Fernruf 1060

Mittwoch, den 1. September 1920

Musik.

Sittengemälde in 4 Bildern von Frank Wedekind.

In Szene gesetzt von Fritz Viehweg.

Erstes Bild: Bei Nacht und Nebel.

Personen: Josef Reißner, Gesangspädagoge (Hanns Steiner); Else, seine Frau (Edith Gärtner); Klara Hühnerwadel, Musikschülerin (Lina Carstens).

Zweites Bild: Hinter Schwedischen Gardinen.

Personen: Klara Hühnerwadel (Lina Carstens); Josef Reißner (Hanns Steiner); Else Reißner (Edith Gärtner); Gefängnisdirektor (Reinhold Balgué); Eine Aufseherin, Ein Aufseher im Gefängnis (Stella David, Karl Walden).

Drittes Bild: Vom Regen in die Traufe.

Personen: Klara Hühnerwadel (Lina Carstens); Josef Reißner (Hanns Steiner); Else Reißner (Edith Gärtner); Franz Lindekuh, Literat (Paul Mederow); Hildegard, Dienstmädchen (Ida Dehler).

Viertes Bild: Der Fluch der Lächerlichkeit.

Personen: Frau Oberst Hühnerwadel (Melanie Krüger-Michaelis); Klara, ihre Tochter (Lina Carstens); Josef Reißner (Hanns Steiner); Else Reißner (Edith Gärtner); Franz Lindekuh (Paul Mederow); Dr. Schwarzkopf (Kurt Neukirchen); Eine Vermieterin (Hel. Riechert)

Der Vorhang wird vor Schluß des Stückes nicht gezogen!

Die Logentüren bleiben nach Beginn geschlossen.

Gewöhnl. Preise. Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende 9¾ Uhr.

Donnerstag, den 2. September: Kater Lampe. Anfang 7½ Uhr.

Freitag, den 3. September: Tage des Lebens. Anfang 7½ Uhr.

Leipziger Volksbühne.

Bayersche Straße 8/10. Fernruf 1111.

Leitung: Robert Overweg.

Donnerstag, den 2. September, abends 7½ Uhr: Serie 22.

Kyritz-Pyritz.

Drei Linden

Täglich abends ½8 Uhr

der Riesen-Varieté-Spielplan:

Die Todesfahrt im Teufelskessel

ausgeführt von der **Dieteros-Truppe**

L. und P. Lee Luftakt	**Segali** Jede Sekunde ein anderer Mensch
La Paquita die Lichtfee in der Silbergrotte	**6 Grunathos** Salon-Akrobaten
M. Kara Deutschlands bester Jongleur	**Demokritos** Der lachende Philosoph mit dem Stift
Ernst Petermann Der bekannte Humorist	**Pirnikoff u. Pirnikoffska** in ihrem Tanzsketch
2 Antons Musikal-Akt	**Grisanto** Meisterin der Sandmalkunst

Vorverkauf: Tageskasse (Tel. 33495 und 33543). Th. Althoff, Petersstr., Konsumverein, K.-Heine-Str.

Erstklassiges Kabarett

„Libelle"

Trokadero

Windmühlenstrasse 14

Tanzschule A. Kurze.

Am **3. September** Beginn eines **Schnellzirkel für Anfänger.** Anmeldungen von 7 Uhr abends: **„Zum Ritter", L.-Schleußig, Jahnstraße.**

Nach 33jähriger Tätigkeit übergeben wir am heutigen Tage unser Etablissement

Eiskeller-Park

L.-Connewitz

unserm Sohn **Paul Rosenkranz** zur weiteren Bewirtschaftung. — Wir danken von ganzem Herzen allen unseren werten Gästen und Freunden, die uns während dieser langen Zeit, viele von ihnen vom Anfang bis zum heutigen Tage, unterstützt haben und bitten, das uns entgegengebrachte Wohlwollen auch auf unseren Sohn übertragen zu wollen.

L.-Connewitz, 1. September 1920.

Hochachtungsvoll

Albert Rosenkranz und Frau.

Mit heutigem Tage übernehmen wir von unseren Eltern den so beliebten

Eiskeller-Park

L.-Connewitz

Wir werden bemüht sein, allen unseren werten Gästen, Gesellschaften und Vereinen in jeder Beziehung entgegenzukommen und bitten um gütige Unterstützung unseres neuen Wirkungskreises.

Hochachtungsvoll

Paul Rosenkranz und Frau.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200901/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 1. September.

Achtung! Erwerbslose! Achtung!

Am Mittwoch, dem 8. September 1920, früh 9 Uhr, findet in Leipzig, Volkshaus, Zeitzer Straße, eine Kreiskonferenz der Erwerbslosen innerhalb der Kreishauptmannschaft Leipzig statt. Die Tagesordnung wird dortselbst bekanntgegeben. Jeder Ort, wo Erwerbslose vorhanden sind, muß vertreten sein. Wahlmodus: Zu entsenden sind auf 1—100 Erwerbslose ein, auf 101—500 Erwerbslose ein zweiter und von 501 Erwerbslosen auf je weitere 500 Erwerbslose ein Vertreter mehr. Die Finanzierung der Delegierten müssen die Erwerbslosen am Orte von sich selbst regeln. Die sich steigernde Erwerbslosennot zwingt uns Erwerbslose zu engem Zusammenschluß und Stellungnahme, um weiterem Elend und Nöten zu begegnen, darum gestaltet die Konferenz zur Massenvertretung der Erwerbslosen. Delegieren ist Pflicht, kein Ort darf fehlen, kein Hindernis darf gelten.

Kreis-Erwerbslosen-Rat Leipzig.

Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Gruppenrat 7. Donnerstag, den 2. Sept., nachmittags 5 Uhr, Sitzung im Volkshaus, Zimmer Nr. 2.

Die Schuldigen.

Auf der Mustermesse wird wenig eingekauft. Es wird berichtet, daß die Mehrzahl der Einkäufer noch eine abwartende Stellung einnehme. Das Ausland zeige auch Zurückhaltung. Man hoffe aber auf eine bessere Geschäftslage in den letzten Tagen. Es wird deshalb nicht genügend gekauft, weil die Preise zu hoch sind und weil der Einkäufer keine Möglichkeit sieht, die teuren Produkte abzusetzen. Während bisher häufig alle Schuld auf die „Begehrlichkeit" der Arbeiter, auf die „hohen Löhne" geschoben wurde, muß man jetzt eingestehen, daß die Fabrikanten, die Händler die Preise zu sehr in die Höhe getrieben hätten, um recht große Gewinne zu erreichen. Es wird ihnen geraten, Abstriche von ihrer Gewinnkalkulation zu machen. Davon aber will man nicht viel wissen.

Die Besitzenden sind die Schuldigen. Sie wollen das nicht eingestehen, und vor allem wollen sie nichts entbehren. Mögen die Besitzlosen hungern, verhungern, von allem entblößt sein und frieren. Die Besitzenden stört das nicht. Während sie prassen, kommen Philanthropen aus dem — Ausland und speisen die unterernährten Kinder. Die deutschen Besitzenden sehen gelassen zu, wie die armen Kinder allmählich umkommen.

Nirgends ist während und nach dem Kriege die Raffgier so groß gewesen wie gerade in Deutschland. Die deutschen Besitzenden haben sich im Kriege in unerhörtem Maße zu bereichern gewußt; sie haben nach dem Kriege erst recht Riesenprofite erzielt. Das konnte unmöglich so weitergehen. Die Reaktion mußte kommen; sie ist da, und nun stockt der Absatz. Die arbeitende Bevölkerung, die im Kriege darbte, die nach dem Kriege vom Noske-Militarismus niedergehalten und vom Kapitalismus schamloser als je ausgeplündert wurde, wird auch jetzt von dieser Wirtschaftskrisis aufs schwerste getroffen. Die Besitzenden wissen sich immer noch auf Kosten der breiten Massen schadlos zu halten. Sie brauchen nicht Not zu leiden. Im Gegenteil! Da, wo sich die Bourgeoisie zum Amüsement zusammen trifft, wird gewissenlos geschlemmt und ein großer Luxus zur Schau getragen. Der Steuerfiskus erreicht trotz mancher „Besitzsteuern" den Besitz nicht. Dafür muß der Arbeiter bluten, dem die Steuer gleich vom Lohne wegrasiert wird. Deutschland hat den Krieg verloren, den die deutschen Imperialisten angezettelt haben. Die Lasten werden restlos auf den Arbeiter gewälzt; der Besitzende will nichts einbüßen. Er lebt vielfach luxuriöser und verschwenderischer als vor dem Kriege.

Kann dabei die Wirtschaft gedeihen und hochkommen? Muß sie nicht immer mehr zerfallen?

Der Besitzlose weiß vor Entbehrungen nicht mehr ein noch aus, die hohen Nahrungsmittelpreise drücken ihn nieder; Kleider, Schuhe, Wäsche, Wirtschaftsgegenstände kann er nicht kaufen, obwohl er sie dringend braucht. In dieser Situation weiß eine Schicht, die in den letzten Jahren besonders große Reichtümer angehäuft hat, nichts besseres zu tun, als die Nahrungsmittelpreise immer mehr hinaufzuschrauben. Und die Regierung, die Reichstagsmehrheit leistet dabei Hilfe. Der Abbau der Zwangswirtschaft bedeutet noch größere Auswucherung der Besitzlosen. Man verkauft bereits wieder Getreide und Vieh nach dem Auslande. Auf diese Weise wird das Wirtschaftselend vergrößert. Das Allgemeinwohl leidet schwer, aber was tuts. Der Geldbeutel der Nahrungsmittelproduzenten schwellt an, und das ist die Hauptsache. Diese sind finanziell so stark, daß sie ihre eigenen Heere aufstellen, ausrüsten, ernähren und besolden können, die ihre Wucherwirtschaft mit der Waffe in der Hand beschützen sollen. Der Arbeiter wird nicht nur ausgeraubt, die Beute wird auch dazu verwandt, ihn in Ketten zu legen.

Glaubt man wirklich, daß dieser Zustand von Dauer sein wird? Er wird immer weiteren Schichten die Erkenntnis beibringen, daß sie aus diesem Jammer nur herauskommen, wenn die Arbeiterklasse die [illegible] Macht erobert, die Großbetriebe in Stadt und Land übernimmt und die sozialistische Bedarfswirtschaft errichtet.

Die Klagen der Mieter.

Von manchem Hausbesitzer wird die große Wohnungsnot dazu mißbraucht, mit „seinen" Mietern wie ein Pascha herumzuspringen. So schreibt uns ein Leser: „Ich wohne in einem Grundstück in der Wasserturmstraße in L.-Stötteritz. Meine Frau wollte Wäsche waschen. Das Waschhaus war aber in außerordentlich liederlichem Zustande. Der Kessel hatte große Löcher, der Feuerrost mußte erst mit zwei Mauersteinen festgelegt werden, die Ofentür hing zum Herausfallen. Der Hof war mit Entenschmutz bedeckt, auf der vollen Aschengrube lagen Küchenabfälle, Flaschen, Scherben, alte Blechbüchsen. Kurz und gut, es war ein gesundheitsschädlicher Zustand. Aber die Mieter wagen nicht, etwas zu sagen, weil der Hauswirt gleich mit der Rede kommt: Wem es nicht paßt, kann ja ausziehen. Als ich wegen der geschilderten Zustände mit dem Hauswirt sprach, hat er mich noch gröblich beschimpft."

Ein andrer Mieter schreibt:

„Ein Beispiel, wie man eventuelle Mietpreissteigerungen begründet, gibt folgender Brief, den der Hausbesitzer Gerhard Dreßler seinen Mietern des Grundstücks Josephinenstraße 6 eingeschrieben zugehen ließ: „. . . Am 3. Juli ist die in meinem Grundstück Josephinenstraße 6 befindliche Senkgrube von der Dünger-Exportgesellschaft geleert worden und habe ich von der letzteren hierüber eine Rechnung über 650 Mk. erhalten. Vergangene Woche wird mir gemeldet, daß die Grube wiederum bereits ¾ gefüllt sei. Ich habe nun festgestellt, daß der Oberflächeninhalt aus Seifenwasser besteht. Da ich natürlich schwer selbst ermitteln kann, wer das Seifenwasser in die Klosetts bezw. Abortgruben geschüttet hat, **sehe ich mich gezwungen, die Kosten auf die Miete zu schlagen.** Sollten Sie Wahrnehmungen machen, wer Wasser in die Klosetts oder Grube schüttet, dann bitte ich meinem Grundstücksverwalter Herrn **Polizeisekretär Röhler** Nachricht zu geben. Hochachtungsvoll Gerh. Dreßler."

Daß im Juli durch einen Schleusenbruch die Kellerräume völlig unter Wasser standen und bei dieser Gelegenheit Schleusenwässer in gen. Grube gekommen sein könnten, läßt Herrn D. unbesorgt, und daß derartige Jauche immer eine seifenähnliche Oberfläche zeigt, weiß er nicht."

Der Mieter fügt hinzu, in dem Grundstück sei für Instandsetzungsarbeiten schon lange so gut wie nichts ausgeführt worden.

Die Mieter müssen darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie keineswegs gezwungen sind, sich von einzelnen Hauswirten alles gefallen zu lassen. Auch durch Drohungen mit Kündigungen brauchen sich die Mieter nicht einschüchtern zu lassen, denn eine Kündigung darf der Hauswirt nur nach vorheriger Zustimmung des Mieteinigungsamtes vornehmen.

Der Theaterskandal im Schauspielhaus.

Am 13. März fand im Schauspielhause die Erstaufführung von Lautenstocks „Pfarrhauskomödie" statt. Am Abend vorher war bei einer Feier der katholischen Stadtschule gegen die Aufführung Einspruch erhoben worden, weil dadurch der konfessionelle Frieden gestört werde. Eine Eingabe an das Polizeiamt und ein Schreiben an den Direktor Viehweg um Absetzung des Stückes vom Spielplan konnten die Aufführung nicht verhindern. Bei der Aufführung gab es bald Lärm, so daß der Vorhang sich mehrfach schließen und das Stück bei erleuchtetem Hause weitergespielt werden mußte. Die Polizei wies einige der Besucher hinaus und stellte die Namen fest. Wegen Verübung groben Unfugs erhielten sechzehn Theaterbesucher Strafbefehle von 100 bis 150 Mk., gegen die die Betroffenen richterliche Entscheidung beantragten. — Das Schöffengericht trachtete es für feststehend, daß durch das Stück das religiöse Empfinden katholischer Theaterbesucher verletzt werden könnte. Eine systematische Störung sei nicht erwiesen; zwölf Angeklagte wurden freigesprochen. Dagegen wurden der Mechaniker Joseph Kasch, der Gewerkschaftssekretär Paul Sombeski, der Kaufmann Rudolf Pfaff und der Kontrolleur Karl Zaupisch zu je 50 Mk. Geldstrafe verurteilt. Kasch hat bei offener Szene auf einer Hülse, Sombeski und Zaupisch auf den Fingern gepfiffen. Pfaff hat geschrien: „Pfui Teufel, solch ein Schmutz!"

Vorsicht bei Pachtverträgen. Unter dieser Ueberschrift veröffentlichten wir am 24. August eine Zuschrift des Arbeitersekretariats, in der vor dem Abschluß von Pachtverträgen mit der Woba gewarnt wurde; geschädigte sollten ihre Adresse im Arbeitersekretariat, Gerberstraße 1, abgeben. Darauf schrieb die Woba:

„Gern hätten wir Ihnen Gelegenheit gegeben, die Unterlagen einzusehen und Sie hätten sich dann auch persönlich davon überzeugt, daß am Inhalt dieses Aufsatzes kein wahres Wort ist . . .

Wir denken nicht daran, irgend jemand zu veranlassen, etwas zu unterzeichnen, wovon er keine Kenntnis hat. Im Gegenteil haben wir sogar für öffentliche Bekanntgabe und Erläuterung aller Bedingungen dadurch gesorgt, daß Anfang Juli 1920 im öffentlichen Vortrage unser Vorstand im Gasthof Probstheida vor etwa 500 Personen die Bedingungen öffentlich bekanntgegeben, erläutert und besprochen hat. Seitdem liegen diese Bedingungen ununterbrochen sowohl im Bureau des Herrn Justizrats Lebrecht, Leipzig, Thomasgasse 4, als auch in unserer Geschäftsstelle ständig zur Einsicht aus. Wer unser Geschäftslokal betritt und erklärt, daß er Interesse für die Siedelung Probstheida hat, erhält ohne weiteres die Bedingungen mit ausführlicher Erläuterung zur Information ausgehändigt. Erst nachdem der Interessent alles genau durchgelesen hat, wird die Frage besprochen, welche Grundstücksparzelle für den Interessenten in Betracht kommt. Viele Interessenten gehen dann erst wieder heim, besprechen die Angelegenheit mit den Angehörigen, kommen schließlich nach einigen Tagen wieder und schließen so nach reiflicher Ueberlegung den Vertrag, andere entscheiden sich schneller. Wie eine derartige korrekte Geschäftsführung Veranlassung zu solch beleidigendem Artikel geben kann, ist unerfindlich.

Wir nehmen an, daß es nur vorstehender Ausführungen bedarf, um Sie zu veranlassen, den Sachverhalt in Ihrer Zeitung klarzustellen."

Das Arbeitersekretariat bemerkt zu diesem Schreiben:

Die von verschiedenen Personen bestätigte Tatsache, die Woba habe Pachtlustige zu einer Vormerkung in eine Liste veranlaßt und aus dieser unverbindlichen Vormerkung ein festes Pachtverhältnis gemacht, wird durch das Schreiben der Woba nicht widerlegt. Hierzu kommt noch die weitere Tatsache, daß die Woba den einzelnen Pächtern, die die auf solche Art zustande gekommenen Pachtverträge nicht anerkennen wollen, sofort durch ihren Rechtsbeistand Klageandrohung zugehen läßt, falls nicht die Hälfte der Pachtsumme nebst den Rechtsanwaltskosten für diese Androhung innerhalb 4 Tagen gezahlt werden.

Hieraus ergibt sich doch klar, daß eine Gesellschaft, die mit solchen Mitteln arbeitet, auf alles andere als korrekt Anspruch erheben kann.

Daß der in der Versammlung in Probstheida auf 25—30 Pfg. angegebene Pachtpreis auf 35 Pfg. erhöht worden ist, der Pächter keinerlei Eigentumsrecht am Boden erwirbt, es überhaupt noch nicht feststeht, ob nach Ablauf der 6 Jahre Pachtzeit das Grundstück durch die Woba gekauft wird, da der jetzige Besitzer sich dahingehend nicht festgelegt hat (Woba ist selbst nur Pächter), sowie die übrigen Bestimmungen der Pachtordnung lassen es nötig erscheinen, die Arbeiterschaft vor solchem Pachtverhältnis zu warnen.

Lehrerschaft und Esperanto. Am Sonnabend beschäftigten sich die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und der Verband sozialistischer Lehrer in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Thema „Esperanto, die Fremdsprache des Proletariats". Es wurden zwei Referate gehalten. Genosse Voigt führte u. a. aus: Die proletarische Internationale bedarf zum Verkehr zwischen ihren sprachlich geschiedenen Gliedern eines Verständigungsmittels, einer gemeinsamen Sprache. Das Bedürfnis werde dringend bei internationalen Kongressen, auf denen bis zu 40 verschiedene Sprachen vertreten seien und eine Verständigung ohne eine Weltsprache nur mangelhaft möglich sei. Die nationalen Sprachgrenzen beschränken das Proletariat auf den inländischen Arbeitsmarkt und erlauben kaum seinen Uebertritt in das fremdsprachige Ausland. Mit Hilfe einer Weltsprache müssen diese nationalen Schranken niedergelegt werden. Seine Tätigkeit als Esperantolehrer habe dem Referenten gezeigt, daß als Weltsprache für das Proletariat nur das leicht erlernbare Esperanto in Betracht komme, nicht Englisch oder Französisch. Wo das Proletariat zur Macht gekommen sei, in Rußland und vorübergehend in Ungarn, habe es sofort begonnen, Esperanto in den Schulen einzuführen. Auf Antrag des Genossen Pabst wurde einstimmig beschlossen, die Vorstände der beiden sozialistischen Gruppen mit der Vorbereitung von Esperantokursen für die Lehrerschaft zu beauftragen, damit Ostern 1921 in den Schulen Esperantoklassen eingerichtet werden können.

Büchsenfleisch für bedürftige Kriegerwitwen mit 1 Kinde und Kriegervollwaisen kommt beim Ortsamt für Kriegerfürsorge, Leipzig, Nonnenmühlgasse 8, III, zur kostenlosen Verteilung wie folgt: Buchstabe A—O am Freitag, dem 3. September 1920, Buchstabe P—Z am Sonnabend, dem 4. September 1920, vormittags 9—1 Uhr. Die Abgabe von einer Dose erfolgt an den obenbestimmten Tagen gegen Vorlegung des Rentenbescheides, Familienstammbuches und Wohnungsmeldescheines.

Kohlenmeldekarten für meldepflichtige Betriebe. Die Septembermeldehefte und -karten für Betriebe mit einem vom Landeskohlenamt, Dresden, anerkannten Brennstoffverbrauch sind bei dem hiesigen Kohlenamt eingegangen und können Gerberstraße 3, 1. Obergeschoß — Zimmer 28 — entnommen werden.

Die Studentin oder Neubau.

17] Von August Strindberg.

An einem schönen Frühlingsmorgen langte Doktor Blanche Chappuis in der kleinen Stadt Guise im Departement Aisne an, von wo sie sofort an ihren neuen Bestimmungsort, die große Eisengießerei des Deputierten Godin, gebracht wurde. Nachdem sie auf ihr Zimmer geführt worden und Toilette gemacht hatte, wurde sie aufs Bureau geleitet, um ihren Prinzipal zu begrüßen. In einem kleinen Gebäude unweit der Gießereien hatte Frankreichs edelster, wenn nicht berühmtester Mann sein Arbeitszimmer, und dort stand nun Blanche, nicht ohne eine gewisse Unruhe, einem Hausherrn zu begegnen, von dessen guten Willen ihr Dasein abhing. Aber das wohlwollende Aeußere wie die einfache Freundlichkeit des Alten beruhigten sie sofort.

„Doktor Chappuis," begann er, „ich kenne Sie, aber Sie kennen wahrscheinlich weder mich noch den Ort, wo Sie jetzt tätig sein sollen. Wie wäre es, wenn wir deshalb damit anfingen, Sie in diese kleine Gemeinde einzuführen, ehe Sie Verpflichtungen für sie eingehen."

„Mit Vergnügen, mein Prinzipal," antwortete Blanche.

„Ich bin weder Ihr Prinzipal noch Ihr Hausherr," antwortete der Alte, „denn hier sind wir alle Prinzipale, und Sie sollen auch einer werden, aber wir sind arbeitende Prinzipale."

Er nahm seinen Hut und seinen Stock und begleitete seinen Gast auf den Hof hinaus.

„Nehmen Sie zuerst einen schnellen Ueberblick über das Ganze," sagte er, „über das Exterieur. Hier rechts der nervus rerum, die Gießereien; dort im Hintergrunde der Palast der Gesellschaft oder das Familienhaus; drei rechteckige Gebäude mit glasbedeckten Höfen, die Wohnungen für zweitausend Personen enthaltend."

„Fouriers und Owens Utopie," sagte Blanche.

„Eine verwirklichte Utopie! Eine der vielen verwirklichten Utopien, deren Dasein die alten Menschen leugnen. Wie sie die Möglichkeit leugnen, daß internationale Schiedsgerichte den Krieg ersetzen können, trotzdem sie die Lösung der Alabamafrage gesehen haben. Das Hindernis der Unbußfertigen, die falsche Logik des bösen Willens. Ferner: das Kinderhaus, wo alle Kinder der Gesellschaft gepflegt und erzogen werden; die Schulsäle, das Theater, die Restauration, das Café, das Billardzimmer, die Bibliothek, das Badehaus, der Pferdestall, der Viehstall und die Gärten. Es ist, wie Sie sehen, ein ganzes Gemeinwesen. Dieses Gemeinwesen ist basiert auf: Arbeit. Ist das nicht richtig?"

„Doch," antwortete Blanche, „aber Arbeit ohne Kapital?"

„Richtig, ja! Arbeit ohne Kapital kann Kapital schaffen, denn so sind alle Kapitalien entstanden, aber Kapital ohne Arbeit ist nichts. Mein Vater legte diese Gießerei an und gelangte zu einem Vermögen, das ich erbte. Ich setzte den Betrieb fort und wurde sehr reich. Ich hatte mich auf große Lieferungen geworfen und sollte zu Anfang der sechziger Jahre Eisenbahnmaterial für die Staatsbahnen liefern. Die Arbeiter streikten, und das ganze Vermögen stand auf dem Spiel, denn ein Konkurrent lockte mir die Arbeiter fort. Da sah ich die Ohnmacht des Kapitals ein und erkannte in der Arbeit die dauernde Triebkraft, die dem Kapital seine Macht gibt. In den kummervollen Tagen, die ich damals durchlebte, wurden mir die Augen für die Wahrheit geöffnet, da ich selbst auf dem Wege war, ärmer zu werden als einer meiner Arbeiter, und ich fand, daß ich ein Dieb sei. Diese Maschinen und Gebäude, die ich von meinem Vater ererbt, hatten ja die Väter dieser Arbeiter ihm erarbeitet; was war natürlicher, als daß sie alle Erben und Teilhaber des Kapitals wurden, das sie geschaffen hatten. Ich erkannte das, rief die Arbeiter zusammen und erklärte sie zu Teilhabern der Gießerei, die sie mit all ihrem beweglichen und festen Eigentum geschaffen hätten. Wir hatten die Genossenschaft verwirklicht, und wir haben zwanzig Jahre lang geblüht."

„Jetzt, wo Sie es mir sagen," antwortete Blanche, „finde ich es ganz in der Ordnung, wie ich früher das Gegenteil für richtig hielt."

„Ja," sagte der Fabrikant, „so ist es, und Sie sehen also, wie sehr die Wahrheit in Irrtümer eingewickelt ist, wenn es ihr so schwer fällt an den Tag zu kommen. Aber machen Sie nun Ihre Einwendungen, damit ich auf alles antworten kann."

„Ja, ich bin ein wenig erstaunt, daß alle diese Menschen in einer Kaserne wohnen wollen, da sonst ein jeder nach etwas Eigenem strebt."

„Wir alten Menschen strebten nach unserem eigenen Herd, bis wir fanden, wie unsicher unser eigener Herd ist, wie feindlich das „mein" Eigen dem „fremden" gegenübersteht, und wie zuletzt unser „gemeinsames" das sicherste sei."

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Neues Theater (Don Juan). Die seit längeren Jahren in Leipzig nicht aufgeführte Oper Don Juan ist in der bekannten Lertschen Inszenierung geblieben mit den Secco-Rezitativen und der Benutzung des kleinen Orchesters. — Gegen die Dekorationen kann man Einwendungen machen. So im 1. Akt (2. Bild) am Palast Don Juans die kahlen Baumstämme auf kahlen Holzboden, und im 2. Akt die Gasse bei Elviras Haus sind nicht von besonderer Schönheit; da würden die Täfelchen des Hinweises „Hier ist eine spanische Zickzackgasse" usw., die man zu Shakespeares Zeiten anwandte, wirklich auch genügen. — Die Aufführung wurde sehr belebt durch die zwei Gäste vom Nationaltheater in München. Herr Gustav Schützendorf als Don Juan war vortrefflich. Er pointierte den Lebenskünstler gut, der es versteht, mit Feinheiten wie Gemeinheiten richtig umzugehen. Herr Schützendorf besitzt einen weichen Bariton mit feinem Schmelz und gutem musikalischen Sinn. Der Diener Leporello wurde von Herrn Alfred Jerger mit seinem wundervoll abgerundeten Baß, darstellerisch wie gesanglich, famos wiedergegeben. Er vermochte den Schelm wie den raffinierten Gesellen in solch künstlerischer Weise zu verbinden, wie es selten einem Künstler gelingt. Auch unsere heimischen Künstler waren auf der Höhe, der würdige Comthur Hans Müllers, der Don Octavio des Hans Lißmann und

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200901/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Verteilung von Betriebsstoff. Der Betriebsstoffstelle stehen auch für den Monat September wieder größere Mengen Benzin für Verkehrszwecke zur Verfügung, so daß nicht nur Lastkraftwagen, sondern auch Personenkraftwagen und Krafträder bei der Verteilung berücksichtigt werden können. Anträge auf Freigabe von Benzin sind unter Beibringung der Zulassungsbescheinigung bis Sonnabend, den 4. September 1920 schriftlich oder mündlich bei der Betriebsstoffstelle der Verkehrsabteilung des Polizeiamts, Dittrichring Nr. 3 E. I, Zimmer 5, zu stellen.

Die Feuerwehr in Tätigkeit. Ein Schuljunge hatte an der Endstation der Straßenbahn Pariser Straße einen Motorwagen in Betrieb gesetzt. Zum Glück wurde er durch den nahen Prellbock aufgehalten. Durch Weiterarbeiten des Motors waren die Widerstände und die elektrische Leitung des Wagens in Brand geraten. Die Feuerwehr beseitigte bald weitere Gefahr. Beim Ableuchten einer schadhaften Gasleitung verbrannten durch die entstandene Stichflamme die Deckendekoration eines Lokales in der Katharinenstraße, die alarmierte Wehr konnte nach ¾stündiger Tätigkeit wieder einrücken. Ferner entstand ein Küchenbrand, Webergasse 6, infolge Aufstapelns von Holz am Ofen. In der Nacht zum Dienstag fuhr ein Kraftwagen in den Bahnkörper der Straßenbahn an der Zeppelinbrücke. Durch Hebezeug konnte er nach einer Stunde wieder flott gemacht werden.

Ido-Weltsprache-Verein veranstaltet unentgeltlich Sprachkurse. Anfang Donnerstag, den 2. September, abends ½8 Uhr, im Lehrervereinshaus-Restaurant, Kramerstraße 6. Weitere Auskünfte erteilt R. Göldner, Dürrenberger Straße 15, Lindenau.

Lebensmittelkalender für Donnerstag, den 2. September.

Für Haushaltungen.

Ausgabe. Fleisch für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene: Ausgabe im Schauamt (Schlachthof) Nr. 3201—4000 vorm. 9 bis 1 Uhr.

Für Händler.

Nährmittel für Kleinkinder und Säuglinge: Bezugscheineinnahme.

Haferflocken und Erbsen: Bezugscheineinnahme.

Polizeinachrichten.

Plötzlicher Tod. Am 27. August wurde ein in der Schnorrstraße wohnender 47jähriger Werkmeister in der Könneritzstraße in Leipzig-Schleußig plötzlich von einem Unwohlsein befallen und ist bald darauf gestorben. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein schnelles Ende bereitet.

Warnung vor einem Betrüger! Am 27. d. M., nachmittags in der vierten Stunde, ist vor dem hiesigen Hauptbahnhofe ein unbekannter Mann an einen 10jährigen Schulknaben, der dort mit einem kleinen Leiterhandwagen auf die Ankunft seines Vaters wartete, herangetreten und hat es verstanden, jenen mit seinem Handwagen nach einem in der Nähe befindlichen Hotel zu locken. Hier übergab der Mann dem Knaben unter gleichzeitiger Aushändigung eines reichlichen Trinkgeldes einen Gepäckschein mit der Bitte, das auf diesen bei der Handgepäckaufbewahrungsstelle des Hauptbahnhofs hinterlegte Gepäckstück zu holen. Der ahnungslose Knabe beeilte sich, den Auftrag zu erledigen, währenddessen der Schwindler mit dem von jenem einstweilen zurückgelassenen Handwagen verschwand. Daß der Gauner nur darauf ausgegangen war, sich den Wagen anzueignen, beweist der Umstand, daß das hinterlegte Gepäckstück, wie später festgestellt wurde, weiter nichts als einen mehrmals eingewickelten halben Ziegelstein enthielt. Der Betrüger wird beschrieben als 25—28 Jahre alt, 1,65—1,70 Meter groß, mit kleinem schwarzem Schnurrbart und bekleidet mit feldgrauer Uniform und schwarzem steifem Filzhut. Der erschwindelte Wagen war ein kleiner, brauner, vierrädriger Leiterhandwagen, unterhalb der Leiterbäume mit dem Namen „Elisabeth Roeggerath" versehen. Vor diesem Betrüger sei hiermit eindringlichst gewarnt. Bei etwaigem Verdacht benachrichtige man sofort die Kriminalabteilung oder die nächste Wache.

Aus der Umgebung Leipzigs.

hr. **Oetzsch-Marktleeberg.** Noch einiges zum Ankauf der Linde durch die Gemeindeverwaltung. In der Gemeinderatssitzung vom 26. August d. J. wurde der für die Gemeinde außerordentlich wichtige Beschluß gefaßt, den als Vergnügungsstätte weitbekannten Gasthof zur Linde im Ortsteile Oetzsch käuflich zu erwerben und das Grundstück unter Beibehaltung des Gasthofs und Saalbetriebs zu einem Verwaltungsgebäude, einem Rathause, umzubauen. Das Grundstück wurde zu einem Preise erworben, der im Verhältnis zu den jetzigen Preisen für Grundstücke und für Inventar ein recht günstiger zu nennen ist und der gewährleistet, daß durch die Beibehaltung des Gastwirtschaftsbetriebs usw. eine Verzinsung erzielt wird, durch die die Finanzen der Gemeinde nicht in fühlbarer Weise belastet werden. Die Notwendigkeit der Schaffung eines ausreichenden Verwaltungsgebäudes ist längst allseitig anerkannt. Daß in jetziger und absehbarer Zeit auf Erbauung eines Rathauses nicht zugekommen werden kann, ist sonnenklar. Da der beabsichtigte und notwendige Umbau im jetzigen Gemeindeamte ziemlich hohe Aufwendungen erfordern würde, durch den Umbau aber auch noch kein vorteilhaftes Amt geschaffen werden könnte (es mangelt dann noch immer an einem Sitzungsraume, ganz abgesehen davon, daß das zu Wohnzwecken erbaute Grundstück niemals ein würdiges Rathaus abgeben kann), sah sich der Gemeinderat veranlaßt, auf den Kauf der Linde zuzukommen. Ganz besonders wichtig ist dabei, daß durch den Kauf im jetzigen Gemeindeamte mindestens vier Wohnungen frei werden, ein Umstand der bei der jetzigen Wohnungsnot allein schon den Beschluß des Gemeinderats rechtfertigt. Dazu kommt, daß die Errichtung des unbedingt nötigen Geräteschuppens für die Gemeinde erspart wird, weil auch solche Räume neben Kellereien 2c. gewonnen werden.

Der Gemeinderat hat den Beschluß einstimmig gefaßt, der Kauf ist am 28. August vollzogen worden. Das Grundstück wurde für 460 000 Mk., einschließlich Inventar, erworben. Die Gast- und Saalwirtschaft wird vollständig vom Verwaltungsbetrieb getrennt. Für erstere wird ein Eingang von der Gartenseite geschaffen, wogegen der jetzige Eingang von der Städteiner Straße aus lediglich für das Rathaus dienen wird.

m. **Zwenkau.** Aus dem Stadtgemeinderate. Nach längerer Pause hielt der Stadtgemeinderat am Mittwoch eine Sitzung ab. Er nahm zur Kenntnis, daß der Anbau der neuen Zellen im städtischen Bade am Elsterwehr, das den Charakter eines Familienbades angenommen hat, einen Kostenaufwand von 14 643,68 Mk. verursachte. Zu der geplanten Kraftwagenlinie Leipzig-Zwenkau-Groitzsch erteilte er grundsätzlich seine Zustimmung mit Rücksicht auf das verhältnismäßig geringe Risiko und den Verkehrsfortschritt, den diese Kraftwagenlinie zweifellos bilden würde. Der geplante Kohlenabbau rings um Leipzig und das damit in Aussicht gestellte Bauverbot hat die in Frage kommenden Gemeinden zu einem Protest auf den Plan gerufen. Es ist ein Ausschuß gebildet worden, der die Wünsche und Beschwerden der beteiligten Gemeinden sammeln und an die maßgebenden Stellen weitergeben soll. Unsere Stadt ist zwar in die Karte, die das Abbaugebiet umfaßt, nicht mit eingezeichnet, weil man sich im Ministerium wahrscheinlich über die Südgrenze der Amtshauptmannschaft Leipzig nicht ganz klar ist. Es ist aber zu befürchten, daß der für die Zukunft Zwenkaus wichtigste Teil der Flur mit dem Bauverbot belegt würde. Es wären somit alle für die künftige Entwicklung der Stadt getroffenen Vorarbeiten und Geldausgaben hinfällig. Aus diesen Gründen erhob man einmütig Einspruch — nicht gegen den Kohlenabbau an sich —, sondern gegen die Einengung und das Bauverbot. Die Arbeitslosen fordern in einer Eingabe 1. eine Beschaffungsbeihilfe für männliche Verheiratete in Höhe von 200 Mk., für weibliche Verheiratete in Höhe von 150 Mk., für Ledige in Höhe von 100 Mk., für jedes Kind in Höhe von 50 Mk.; 2. Belieferung von billigen Bekleidungsstücken, Schuhwerk und Feuerungsmaterial; 3. Versetzung in die Ortsklasse A der Erwerbslosenunterstützung; 4. Belieferung von Lebensmitteln zu halben Preisen und 5. unentgeltliche Benutzung des Bades. Den Punkten 2, 3 und 5 wurde glatt zugestimmt. Dagegen sollen zu Punkt 4 erst Berechnungen vorgenommen werden. Ueber Punkt 1 entspann sich eine lange Debatte, wobei sich zeigte, daß die Demokraten wohl schöne Worte fanden, sonst aber Bedenken hegten, daß der Stadt Unannehmlichkeiten dadurch erwachsen könnten. Der Bürgermeister hatte nämlich eine Verfügung verlesen, nach welcher das Reich 35 Millionen Mark für solche Erwerbslose, die in der Zeit vom 1. Januar bis Juni 13 Wochen ohne Beschäftigung waren, bereitgestellt habe. Auf Zwenkau entfallen von dieser Summe 3684 Mk. und noch weitere 614 Mk. Die Verfügung hält die Gemeinden an, keine besonderen Erwerbslosenunterstützungen zu gewähren. Unsere Genossen nahmen sich selbstverständlich der Arbeitslosen an und beantragten, 5000 Mk. zu bewilligen. Mit der Stimme des Mehrheitssozialisten Härtel erhielten sie die Mehrheit, so daß der Antrag mit 9 gegen 8 Stimmen angenommen wurde. Auf dieses Ergebnis schien man nicht gefaßt gewesen zu sein. Nach der Abstimmung entlud sich nochmals ein Gewitter, wobei der Bürgermeister ersucht wurde, Erkundigungen über die Tragweite des Beschlusses einzuziehen. Das Ortsgesetz über die Regelung der Beamtengehälter fand nach den Vorschlägen des Finanz- und des Beamtenausschusses Annahme. Die gesamten Gehälter betragen über ¼ Million Mark jährlich. Es fand noch eine nichtöffentliche Sitzung statt.

a. **Großdeuben.** Eingegangen ist die Mitteilung, daß am 26. September eine Prüfung der hiesigen Pflichtfeuerwehr stattfindet, ferner wiederum ein ablehnender Bescheid auf das Gesuch um Zuteilung zum Finanzamt Leipzig. Zum Fleischbeschauer wurde Herr Karl Bartmuß aus Probstdeuben gewählt. Dem Fürsorgeverein für Taubstumme bewilligte man einen Beitrag von 10 Mk. Ein Bericht über die infolge des geplanten Kohlenabbaues den Gemeinden drohenden Verhältnisse konnte zu Beschlüssen nicht führen, da die notwendigen Pläne noch nicht eingegangen sind. Oberbahnhofsvorsteher Zimmermann legte sein Amt als Gemeindevertreter nieder. An seine Stelle tritt Herr Paul Grafe. Die Pflaumennutzung wird in eigene Regie übernommen. Erwerbslose pflücken die Pflaumen, die dann zu angemessenem Preis nur an hiesige Einwohner abgegeben werden.

Bezirksverband Grimma.

Sonnabend, den 4. September, kommen 200 Gramm Rindergefrierfleisch — für Kinder 100 Gramm — zur Verteilung. Der Preis für 200 Gramm beträgt 3.84 Mk. und für 100 Gramm 1.92 Mk.

Sächsische Angelegenheiten.

Reform der Bezirksanstalten.

Nach einer Ministerialverordnung haben Erörterungen ergeben, daß die im Eigentum des Bezirksverbandes oder eines Gemeindeverbandes befindlichen Anstalten, die zur Unterbringung von Besserlingen, Versorgten, Siechen, Kranken oder auch von gefährdeten Kindern dienen, fast ausnahmslos nur schwach belegt und infolgedessen unwirtschaftlich ausgenutzt sind, insofern der Nutzen, den sie gewähren, dem hohen Verwaltungsaufwand nicht entspricht. Unwirtschaftlich ist auch die Verbindung von mehreren ganz verschiedenartigen Zwecken, wenn die Anstalt so klein ist, daß innerhalb ihres Bereichs eine Trennung der Insassen nach der Art ihres Zustandes und der besonderen Fürsorge, deren sie bedürfen, nicht streng durchführbar ist, oder es doch unverhältnismäßig kostspielig sein würde, jede Abteilung ihrem besonderen Zweck, z. B. als Arbeitsanstalt, Versorgungsheim, Siechenhaus, Krankenhaus, Erziehungsanstalt, bestens anzupassen.

Es wird deshalb den Kreishauptmannschaften zur Erwägung anheimgestellt, wie sich auf eine **zweckmäßigere Einrichtung und wirtschaftlichere Ausnutzung** dieser Anstalten hinwirken ließe. In absehbarer Zeit wird sich der Bau neuer Anstalten oder die Erweiterung von bestehenden schon deshalb nicht ermöglichen lassen, weil unter allen Bauaufgaben der Kleinwohnungsbau bevorzugte Förderung finden muß. Und doch wird das Bedürfnis nach Unterbringung in Anstalten unter den Nachwirkungen des Krieges fortgesetzt wachsen. Volle und beste Ausnutzung der vorhandenen Einrichtungen wird da zum unabweisbaren Gebot. Während sich dieses im Bereich der Landes-Heil- und -Pflegeanstalten da sie unter einheitlicher Verwaltung stehen, unschwer durch geeignete Anordnungen erfüllen läßt, wird für die Bezirks- und Gemeindeverbandsanstalten zunächst auf dem schwierigeren und langweiligeren Wege der freien Vereinbarung angestrebt werden müssen, **eine Arbeitsteilung und Arbeitsgemeinschaft** aller dieser Anstalten innerhalb eines Regierungsbezirks herbeizuführen.

Als Ziel wird zu gelten haben, daß **jede Anstalt voll ausgenutzt** wird, so daß die vorhandenen Räume, wirtschaftlichen Einrichtungen und vorhandenen Kräfte, mit denen die Anstalt, wenn sie einmal im Betrieb ist, ausgestattet sein muß, die denkbar beste Verwertung finden. Weiter wird der Grundsatz zu beachten sein, daß **jede Anstalt möglichst bloß einem Zwecke dient**, für diesen aber so gut wie nur möglich eingerichtet ist, als Arbeitshaus oder als Versorghaus, als Siechenhaus, Heilanstalt, Erziehungsheim oder Fürsorgeerziehungsanstalt. Jeder dieser Zwecke schließt wieder verschiedene besondere Aufgaben in sich ein, die sich am besten in hierfür bestimmten Sonderanstalten erfüllen lassen. Durch Zusammenlegung frei werdender Anstalten würden nach Befinden dem Staat, der Landesversicherungsanstalt, dem Fürsorgeverband und den Kassenverbänden zur Benutzung für Zwecke der Wohlfahrtspflege gegen angemessene Entschädigung anzubieten sein.

Es soll aber nicht abgewartet werden, bis das in einem oder andern Bezirk sich fühlbarmachende Bedürfnis die beteiligten Verbände dazu führt, auf Zusammenlegung abzielende Verhandlungen untereinander anzuknüpfen, vielmehr soll jede Kreishauptmannschaft von sich aus bemüht sein, durch mündliche Besprechung mit Vertretern der Anstalten zur vorläufigen Aufstellung eines Planes für die zu bildende Arbeitsgemeinschaft und Arbeitsteilung innerhalb eines Regierungsbezirks zu gelangen und die zu seiner Verwirklichung dienlichen Verhandlungen einleiten und fördern. Das Ministerium behält sich vor, zu dem Plan jeder Kreishauptmannschaft, insbesondere mit Rücksicht auf die im Bereich der Landesanstaltsverwaltung oder sonst unter dem Gesichtspunkt der öffentlichen Wohlfahrtspflege hervorgetretenen Bedürfnisse Stellung zu nehmen.

Für die anzustrebende freie Vereinbarung würden gewisse Gesichtspunkte in Betracht kommen. So soll es zunächst dem Ermessen der Kreishauptmannschaft überlassen bleiben, ob ins Auge gefaßt werden soll, auch die Anstalten, die nur von einer Gemeinde unterhalten werden und nur für sie bestimmt sind, soweit es ihnen an zweckmäßiger Einrichtung oder wirtschaftlicher Ausnutzung fehlt, in den Plan der Arbeitsgemeinschaft und Arbeitsteilung mit einzubeziehen. Weiter soll Gegenstand der Vereinbarung sein, daß die **Verpflegsätze nach einheitlichen Gesichtspunkten**, unbedingt aber bei jeder Anstalt gleichmäßig für ihren ganzen Aufnahmebereich, festgesetzt werden.

Am Schlusse sagt die Verordnung, daß die großen Schwierigkeiten, die sich dem Zustandekommen einer solchen Vereinbarung entgegenstellen werden, nicht verkannt werden dürfen, weshalb das Ministerium erwägt, ob nicht wenigstens für den äußersten Teil unter tunlichster Wahrung der Freiheit der beteiligten Selbstverwaltungskörper die Möglichkeit eines rechtlichen Zwanges geschaffen werden sollte, sei es durch eine Ergänzung des Gemeindeverbandsgesetzes dahin, daß auch leistungsstarke Gemeinden (Verbände) zum Anschluß gezwungen werden können, sei es durch Erlaß eines besonderen Gesetzes, das lediglich die zweckmäßigste Einrichtung und wirtschaftliche Ausnützung der geschlossenen Wohlfahrtspflege dienenden Verbandsanstalten im Auge hat.

Eine Konferenz des Reichsverkehrsministers Gröner

mit Mitgliedern der Generaldirektion Dresden und Vertretern der Beamten- und Arbeiterschaft fand am Sonnabend, dem 28. August in Dresden statt, in der Minister Gröner seine Grundsätze für die Leitung des Verkehrswesens darlegte. Größte Sparsamkeit und Fernhaltung aller parteipolitischen Bestrebungen, worunter er natürlich alle freigewerkschaftliche Betätigung versteht, sei notwendig, um die größte Wirtschaftlichkeit der Eisenbahnen zu erzielen. Die Vertreter der Arbeiterschaft versicherten, daß die Betriebsräte bestrebt seien, an der Erhöhung der Wirtschaftlichkeit mitzuarbeiten. Sie baten, daß die bereits vor der reichsgesetzlichen Regelung von der sächsischen Verwaltung geschaffenen Betriebsräte nicht in dem Maße eingeschränkt würden, wie es dem Vernehmen nach bei dem Neuausbau der Betriebsräte für die Reichseisenbahn beabsichtigt sei. Der Reichseisenbahntarif berücksichtige die sächsischen Verhältnisse nicht. Der Einführung des Stücklohns müßten sie widersprechen, da die Leistungen der Werkstätten sich auch ohne diesen gehoben hätten. Der Reichsverkehrsminister wies in seiner Antwort auf die wohl ohnegleichen dastehende Zahl der bei der Reichseisenbahn beschäftigten Beamten und Angestellten hin. Es bedürfe daher erst längerer Prüfung, um über die Zweckmäßigkeit ein zuverlässiges Urteil zu gewinnen. Das neue Gedinglohnsystem hätte sich in mehreren preußischen Werkstätten auch nach der Meinung der dortigen Arbeiter bewährt. Ferner brachten die Vertreter der Beamtenschaft noch mehrere Wünsche zum Vortrag, die der Reichsverkehrsminister einer Prüfung zu unterziehen versprach.

Die vielen parasitären höheren Beamtenstellen zu beseitigen, daran hat der Herr Verkehrsminister anscheinend noch nicht gedacht.

Aus seinen Darlegungen ist vielmehr zu entnehmen, daß genau so wie früher die Wirtschaftlichkeit der Eisenbahnen auf Kosten des Eisenbahnproletariats erreicht werden soll. Sein Dresdner Versuch ist nichts andres, als ein Patrouillenritt für seine Kriegs- und Offensivpläne in dieser Richtung. Der eigentliche Kampf wird erst in laufender Woche entbrennen. Im Reichsverkehrsministerium wird Mitte dieser Woche über die Organisation der Betriebsräte in der Eisenbahnverwaltung beginnen. Das Reichsverkehrsministerium versucht seit geraumer Zeit, die Befugnisse und die organisatorische Kraftentfaltung der Eisenbahnbetriebsräte noch stärker einzuschränken, als diese schon durch das Betriebsrätegesetz selbst beschnitten sind, und damit die Eisenbahner noch bedeutend schlechter zu stellen als die Industriearbeiterschaft.

Herr Gröner wird bald erkennen müssen, daß sich die Eisenbahner nicht als „Hundsfötte" behandeln lassen. In ihrem einigen Willen werden die Pläne des Herrn zerschellen.

Baustoffbewirtschaftung.

Die Sächsische Regierung veröffentlicht folgende Verordnung: Nachdem durch besondere Vereinbarung mit den Ziegelsyndikaten und Ziegelkonventionen für den Kleinwohnungsbau und die Staatsbauten die erforderlichen Mengen Mauersteine für 1920 und 1921 zu ermäßigten Preisen sichergestellt worden sind, werden unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung der Beschlagnahme die zur Zeit geltenden Bestimmungen über das Freigabescheinverfahren für gebrannte und andere künstliche Mauersteine aller Art und Drainagerohre aus Ton bis auf weiteres für den Freistaat Sachsen außer Kraft gesetzt. Die Bestimmungen über die Bestandserhebungen der genannten Erzeugnisse bleiben jedoch mit Rücksicht auf die Kohlenzuweisung bestehen.

Dachziegel aller Art dürfen dagegen wie bisher nur gegen Freigabeschein der Baustoffbewirtschaftungsstelle abgegeben werden.

Um die Amtsblätter.

Mit dem 1. September ist die Bezeichnung Amtsblatt für die mit der Veröffentlichung amtlicher Bekanntmachungen betrauten Blätter in Sachsen weggefallen gemäß einem von der Volkskammer einstimmig gefaßten Beschluß. Die von den Behörden vertragsmäßig mit der Veröffentlichung ihrer Bekanntmachungen betrauten Zeitungen teilen von jetzt an in der gleichen Form wie sie den verantwortlichen Redakteur, den Verleger und Drucker angeben, auch die Behörden mit, deren Bekanntmachungen sie veröffentlichen. Eine Aeußerlichkeit ist gefallen, am Wesen der Amtsblätter ist damit nichts geändert. Auch jetzt noch werden einzelne bestimmte Blätter durch die Zuteilung von Veröffentlichungen bevorzugt werden. Eine radikale Umänderung des gesamten öffentlichen Anzeigenwesens scheiterte in der Volkskammer an der unentschlossenen Haltung der Rechtssozialisten.

Schulstreik der Katholiken in Plauen.

In einer vom katholischen Schulvorstand einberufenen Protestversammlung der katholischen Erziehungsberechtigten wurde einstimmig der Schulstreik beschlossen. Die Katholiken wollen ihre Kinder so lange nicht in die Schule schicken, bis sie vom katholischen Schulvorstande die Mitteilung erhalten, daß die katholische Schule Plauens gesichert und gewährleistet ist. Die katholischen Eltern, die auf sozialistischem Boden stehen, haben für Mittwoch d. W. eine Versammlung anberaumt, um zu der Frage Stellung zu nehmen.

Kein Wegfall der Michaeliszensuren in Sachsen.

Der Vorstand des sächsischen Lehrervereins hatte das Unterrichtsministerium ersucht, die Michaeliszensuren in den Volksschulen in diesem Jahr wegfallen zu lassen. Dazu erklärt das Kultusministerium, daß es diesem Ersuchen von sich aus nicht entsprechen kann, weil die Erteilung der Michaeliszensuren auf gesetzlicher Grundlage beruht, zur Abänderung demnach die Zustimmung der Volkskammer erforderlich ist.

Hochwasser in Sachsen.

Der anhaltende Regen hat in der Freiberger Mulde Hochwasser verursacht, das schon einige Opfer gefordert hat. Bei den Bergungsarbeiten sind in Döbeln drei Menschen ums Leben

---

E. Herveling als tölpischer Bauer Masetto. Bei den Damen hatte man an der verschmitzten Zärtlichkeit der Zerline Else Schulz-Dornburgs seine Freude. Als Donna Elvira brachte Frau Aline Sanden die dramatischen Stellen im 2. Akt mit nervigem Temperament zur Höhe. Nur Emmy Streng als Donna Anna war in verschiedenen Stellen etwas unsicher und ich glaube, sie ist eine bessere Wagner- als Mozartsängerin. Die zwei Finalen im 1. und 2. Akt waren vorzüglich und wer da sagt, Mozart sei kein Dramatiker, der soll die letzten Verwandlungen mit den steigenden Tonleiterpassagen ordentlich studieren; er wird dann wohl andrer Meinung werden. Der gelungenen Aufführung gab Herr Professor Lohse die künstlerische Weihe. *L.

Leipziger Volksbühne. In dem Einakter-Zyklus, der am Sonnabend, dem 4. September, erstmalig in Szene geht, sind in den Hauptrollen beschäftigt die Damen: Maria Koch, Elsbeth Bernau-Breitbach, Charlotte Krause, Frieda Schranz, Gertrud Loewe und Jenita Schmid, sowie die Herren: Otto Werther, Paul Minke, Carol Härtig, Gustav Zaulich, Hans Stolle, Karl Teichmann und Johannes Curth. Regie sämtlicher Einakter: Otto Werther. Beginn der Vorstellung 7½ Uhr.

Schauspielhaus. In Wedekinds Sittengemälde Musik, in dem Lina Carstens zum ersten Male wieder auftritt, spielen Hans Steiner und Paul Mederow zum ersten Male die Rollen des Josef Reißner und Franz Lindekuh. — In Pippa tanzt spielen Otto Stoeckel zum ersten Male den Wann, Hans Steiner den Tagliazoni und Karl Kessler den Glashüttendirektor. Pippa: Nora Nitisch. — Neue Bühnenbilder von Franz Nitsche. Regie beider Stücke: Fritz Viehweg.

Deutsche naturwissenschaftliche Gesellschaft. Freitag, den 3. September, abends 7 Uhr, in der 2. Fach- und Fortbildungsschule, Schletterstraße 10, Vortrag von Dr. Popitz: Der Mensch und der Bazillus. Gäste sind willkommen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200901/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

gekommen. Der 24 Jahre alte Zimmermann Hanicke aus Sormitz ertrank bei dem Versuche, am Sormitzer Wehrbau Baumaterialien zu bergen. Am Burgstadel ertranken zwei Reichswehrsoldaten, die die Militärfähre nach den Schießständen in Sicherheit bringen wollten.

Auch in der Oberlausitz führen sämtliche Flüsse Hochwasser. Die Spree ist oberhalb und unterhalb Bautzen über die Ufer getreten und hat das Ufergelände überschwemmt, Brücken, Wege und Wohnstätten unter Wasser gesetzt. In der Stadt selbst ist die Bleichestraße überschwemmt. Auch die Wesenitz ist bei Bischofswerda ausgeufert und hat von vielen Wiesen das Grumt hinweggeführt. Die Grube des Braunkohlenwerkes Olba in Kleinsaubernitz war überschwemmt, so daß die Förderung eingestellt werden mußte. Infolgedessen war Löbau, das von dem Werke Strom bezieht, am Montag ohne Strom. Besonders arg gehaust hat das Hochwasser in dem Tagbau des Hirschfelder Braunkohlenwerkes und dem Kipperbau. Durch Ueberfluten füllten sich die Bohrlöcher, das Wasser durchbrach eine Wasserluchstrecke und flutete in den Tagebau. Bis zur Brust im Wasser, verstopften die Arbeiter die Einbruchstellen mit Eisenbahnschienen. Bagger und Fahrgeleise neben der Hirschfelder Straße standen unter Wasser. Die Brücke über einen neuen Kipperbau ist durch die Fluten weggerissen worden, so daß der Personen- und tägliche Automobilverkehr verlegt werden mußte. In Schlesien ist das Hochwasser weit stärker aufgetreten. In Görlitz stand die Neißeinsel einen Meter unter Wasser. Die Hotherstraße wurde ebenfalls überschwemmt, wobei das Wasser in die Keller eindrang. Auf den Bleichen reichte die Flut bis an die Häuser, so daß die Wohnungen geräumt werden mußten. In der Gegend von Markliſſa sind eine Reihe von Dörfern unter Wasser gesetzt worden. Der untere Stadtteil von Lauban wurde vom Queis überschwemmt.

Aus den Nachbargebieten.

Verhaftungen in Halle.

Halle, 31. August. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft sind heute in Halle 5 Personen, zum Teil Angehörige der Kommunistischen Arbeiterpartei, in ihren Wohnungen verhaftet worden. Sie stehen im Verdacht der Waffenverschiebung. Die Verhafteten wurden sofort vernommen, verweigern aber jede Aussage.

Ein Theaterskandal.

Greiz, 1. September. Eine Gesellschaft, die sich Deutsche Kammerspiele nennt, brachte ein Ehedrama „Es fiel ein Reif" zur Aufführung, das eine ungeschickte Bearbeitung des Stückes „Am Teetisch" zu sein scheint. Nachdem sich bereits im zweiten Akte Widerspruch geltend gemacht hatte, brach in der Mitte des Stückes ein derartiger Lärm aus, daß nicht weiter gespielt werden konnte und das überaus zahlreiche Publikum panikartig den Saal verließ.

Internationaler Metallarbeiterkongreß.

Nach Eröffnung der Sitzung berichtet Schlicke über die Ergebnisse der Beratungen des Zentralausschusses und schlägt in Anbetracht der durch den Krieg geschaffenen Lage die Verlegung des Sitzes des Zentralkomitees nach der Schweiz vor, um von dort aus in geeigneter Weise die Zusammenführung aller Zweige der Internationale zu bewirken. Diese Verlegung sei als eine vorläufige zu betrachten. Dem Sekretär soll nunmehr ein Vorstand zur Seite gestellt werden, dessen Mitglieder vom Kongreß gewählt werden sollen und dessen Zweck die engere Fühlungnahme mit den einzelnen Sektionen, sowie die Vorbereitung des nächsten Kongresses sein soll. Er bittet, alle übrigen Fragen, die auf diesem Kongreß nicht erledigt wurden, nur zu diskutieren und dem nächsten Kongreß zur Beschlußfassung vorzubehalten. Von einer weiteren Diskussion über den Punkt „Unsere internationalen Beziehungen" bittet er überhaupt Abstand zu nehmen, nachdem wichtige Sektionen nicht anwesend seien.

Johansson-Schweden sagt, daß seine skandinavischen Freunde die Verlegung des Bundessitzes nach einem der skandinavischen Länder vorschlügen.

Brandes-Deutschland beantragt namens seiner Freunde in der deutschen Delegation die Abänderung des zweiten Paragraphen der Vorschläge des Zentralkomitees, welcher besagt, daß die Mitglieder des Vorstandes auf dem Kongreß gewählt werden sollen, und bittet, den Wortlaut wie folgt zu fassen:

Die Verwaltung des Bundes liegt einem Vorstand ob, der aus dem Bundessekretär und vier Mitgliedern besteht. Der Kongreß bestimmt den Bundessekretär und die vier Länder, deren Organisationen je einen Vertreter in den Vorstand entsenden. Bei Bestimmung der vier Länder sind die verschiedenen Sprachgebiete zu berücksichtigen.

Er begründet den Vorschlag damit, daß der Bund eine Föderation und nicht eine Zentralisation sei, und darum müsse man auch den einzelnen angeschlossenen Organisationen das Recht lassen, selbst ihren Vertreter für den Vorstand zu benennen. Außerdem schlägt er vor, daß auch den skandinavischen Genossen ein Sitz im Vorstand des Bundes eingeräumt werde, weil ihnen als dem geographisch günstig gelegenen Land die Vermittlung mit dem Osten, eventuell auch mit England, leichter möglich sei.

Domes-Oesterreich bittet die Skandinavier, ihren Vorschlag zurückzuziehen und gibt zu erwägen, auch den Slawen einen Sitz im Vorstand freizuhalten. Den Vorschlag Brandes hält er für ungeeignet.

Kummer-Deutschland schlägt vor, den Vorstand aus fünf Mitgliedern zusammenzusetzen, wobei die Vertreter des romanischen, deutschen und skandinavischen Sprachgebiets vom Kongreß bestimmt, Engländer und Slawen hingegen zur Bestimmung ihrer Mitglieder aufgefordert werden sollen. Redner bekämpft den Antrag Brandes und seiner Freunde.

Merrheim ergänzt den Vorschlag des Zentralkomitees dahin, daß bis 1. April 1921 der nächste Kongreß einberufen werden muß.

Schließlich erklärt Clausson-Schweden, daß die Skandinavier ihren Anspruch auf Sitzverlegung in ein skandinavisches Land zurückziehen, nachdem sie einen Delegierten im Vorstand erhalten.

Nachdem eine Einigung über die Art der Ernennung der Mitglieder des Vorstandes, eine Uebereinstimmung nicht herbeizuführen war, beantragte Domes-Oesterreich eine kurze Vertagung des Kongresses, damit sich die Delegierten deutscher Zunge noch einmal besprechen könnten.

Irrtümlicherweise wurde dieser Antrag vom Vorsitzenden nicht zur Abstimmung beantragt: er ließ vielmehr über den Vorschlag des Zentralkomitees selbst abstimmen, wodurch die Deutschen überstimmt wurden. Darauf beantragte Dißmann-Deutschland die Beachtung des § 15 des Bundesstatuts, das die Berücksichtigung der Organisationstärke bei der Abstimmung verlangt.

Alsdann weist Merrheim darauf hin, wenn man die Bundesstatuten heranziehe, seien sie gezwungen, auch von der Vergangenheit zu reden und er erklärt, daß es Pflicht der Deutschen bei Kriegsausbruch gewesen wäre, das Sekretariat nach dem neutralen Ausland zu verlegen, um dessen Weiterfunktionieren zu ermöglichen.

Kummer-Deutschland nimmt diesen Zwischenfall zum Anlaß, um Dißmann persönlich heftig anzugreifen und unterstellt ihm die Absicht, die Metallarbeiter-Internationale sprengen zu wollen.

Rögeding-Deutschland legt mit seinen Freunden entschieden Verwahrung gegen die Angriffe Kummers ein.

Dißmann weist die Angriffe ebenfalls aufs entschiedenste zurück; Kummer habe wahrlich kein Recht, ihm oder seinen Freunden derartige Anwürfe entgegenzuschleudern, da sie es doch gewesen seien, die von Kriegsbeginn an die Grundsätze der Internationale hochgehalten und sich mit ihrer ganzen Person dafür eingesetzt haben, während andere zu jener Zeit allerdings ganz entgegengesetzt handelten und die Politik der Kriegsverbrecher unterstützten. Der Kongreß müsse darum verstehen, wie sie solche Vorwürfe empören müßten. Sie weisen sie zurück und erklären, daß sie davon vollkommen unberührt bleiben.

Auf wiederholten Vorschlag der Oesterreicher tritt eine kurze Vertagung des Kongresses ein. Nach dessen Wiedereröffnung wird abgestimmt, daß der Vorstand auf dem Kongreß gewählt wird und daß sich dieser aus vier Personen neben dem Sekretär zusammensetzt. Zum Sekretär wird gewählt: Ilg-Schweiz; in den Vorstand: Dißmann für die Gebiete der deutschen Sprache; Merrheim für die romanischen Sprachgebiete; Handen-Kopenhagen für Skandinavien. England soll aufgefordert werden, umgehend seinen Delegierten für den Vorstand namhaft zu machen.

Die Franzosen bringen einen

Antrag über den Achtstundentag

ein, folgenden Wortlautes:

Der 8. Internationale Metallarbeiterkongreß stellt fest, daß in allen auf dem Kongreß vertretenen Ländern der Achtstundentag durch den gewerkschaftlichen Kampf erobert und in der Gesetzgebung festgelegt worden ist. Er erklärt, daß es die Pflicht der dem Bund angeschlossenen Länder ist, dafür Sorge zu tragen, daß die im Beschluß der Internationalen Arbeitskonferenz von Washington enthaltenen Grundsätze vor dem 1. Juli 1921 in die Gesetzgebung aller Länder aufgenommen werden.

Mit allen Mitteln den Versuchen entgegenzutreten, die die achtstündige Arbeitszeit unter Verletzung des Prinzips dieser Reform verlängern wollen. Er weist die Metallarbeiter der ganzen Welt darauf hin, daß es besonders von der Kraft ihrer Organisation und ihrem eigenen Willen abhängt, den Achtstundentag zu bewahren, damit diese wichtige Forderung definitiv errungen bleibt. Er fordert sie auf, energisch jeder Verlängerung des Arbeitstages Widerstand zu leisten, die den Achtstundentag gefährden könnte.

Vor Schluß der Tagung legt Merrheim-Frankreich Wert darauf, zu erklären, daß er und die Belgier ohne jedes Gefühl der Animosität gekommen seien und auch bei der Sitzverlegung lediglich vom Gesichtspunkt ausgingen, die Internationale wieder in Funktion zu bringen. Er selbst habe in Frankreich in den schwersten Zeiten die deutschen Arbeiter in Schutz genommen unter Einsetzung seiner ganzen Person und werde auch in Zukunft nicht unterlassen, auf die Notwendigkeit internationaler Solidarität hinzuweisen. Zur Bekräftigung dieser Erklärungen beantragt er, außer dem dem bisherigen Sekretär Schlicke bereits zugebilligten Betrag von 7000 Mk. ihm noch eine vom Vorstand festzusetzende Gratifikation zu bewilligen.

Nach einem Schlußwort von Hansen-Kopenhagen und einem dreifachen Hoch auf die Metallarbeiter-Internationale wird der Kongreß geschlossen. Unter dem Gesang der Internationale geht man auseinander.

Gewerkschaftsbewegung.

Gegen die Nachtarbeit.

Der internationale Kongreß der Lebens- und Genußmittelarbeiter, der vom 25. bis 27. August in Zürich tagte, erklärte in einer Resolution dem Proletariat Rußlands seine vollste Sympathie in dem Kampfe gegen den internationalen Weltimperialismus, forderte die angeschlossenen Organisationen auf, mit allen Mitteln für die Verwirklichung des Sozialismus einzutreten und nahm dann folgenden Beschluß einstimmig an:

In der Erkenntnis, daß die Nachtarbeit eine furchtbare Geißel in gesundheitlicher, wirtschaftlicher, geistiger und sittlicher Beziehung für alle unter ihr leidenden Arbeiterkategorien ist, diese Arbeiterschaft von der übrigen Menschheit abschließt und damit am kulturellen und freiheitlichen Aufstieg hindert, die allgemeine Volksgesundheit durch Uebertragung von Krankheiten der Lebensmittelarbeiter auf die Konsumenten auf das schwerste bedroht, ein Feind des allgemeinen Kulturfortschrittes, der Volkswirtschaft und Bevölkerungspolitik ist, fordert der Kongreß das internationale Sekretariat in Zürich auf, sich dafür einzusetzen, daß die menschenmordende Nachtarbeit, soweit sie nicht unbedingt notwendige Notstandsarbeit ist, in allen Kulturländern für die Lebens- und Genußmittelindustrie gesetzlich verboten wird.

Hoffentlich bleibt es nun nicht nur bei dem Abdruck dieser Resolution, sondern wird auch alles getan, um sie zu verwirklichen!

Zur Tarifbewegung im Bankgewerbe.

Der Reichsverband der Bankleitungen hat sich unter Zurückstellung schwerwiegender Bedenken entschlossen, den Schiedsspruch vom 24. Juli 1920 über die Grundlagen eines Reichstarifes im Bankgewerbe unter der Bedingung anzunehmen, daß 1. die Ueberstundenvergütungen feste Sätze bleiben, 2. die Arbeitszeit in dem im Schiedsspruch vorgesehenen Ausmaß einwandfrei dahin klargestellt wird, daß sie (einschließlich einer halbstündigen Pause bei durchgehender Arbeitszeit) 8 Stunden täglich, am Sonnabend 6 Stunden ohne Pause beträgt, 3. die Kinderzulagen auf eheliche Kinder beschränkt werden, 4. die Unkündbarkeit nach 12 Dienstjahren fortfällt.

Er hat sich ferner bereit erklärt, die Verheiratetenzulage, die der Schiedsspruch auf 1800 Mk. festgesetzt hat, in der bisherigen Höhe von 2580 Mk. zu belassen.

Streik in einem Elberfelder Zeitungsbetrieb.

Elberfeld, 31. August. In dem Betrieb der Bergisch-Märkischen Zeitung in Elberfeld weigerte sich heute das technische Personal, einen Leitartikel des politischen Schriftleiters dieser Zeitung, Dr. Ernst Brauweiler, zu setzen, der den Titel „Verfassungssabotage" führte und sich u. a. grundsätzlich auch mit den Auswirkungen befaßte, die sich aus einem Beschluß der Ortsgruppe Elberfeld des Buchdruckerverbandes ergeben, der folgenden Wortlaut hat:

„Die heute am 26. August tagende Buchdruckerversammlung verurteilt auf das entschiedenste die jedes journalistischen Anstandes bare Schreibweise des bei der Firma Bacmeister hergestellten Bürger-Vorwärts. Sie verlangt von den dort beschäftigten Kollegen, daß sie in Zukunft jede Handreichung verweigern, Zeitungsartikel in die Welt zu setzen, die zur Arbeiterzersplitterung beitragen und ihre anerkannten Führer mit Schmutz bewerfen. Der Buchdrucker ist Buchdrucker und kein Kloakenarbeiter."

Der Verlag hat in der Weigerung, den Leitartikel zu setzen, eine Zensur des technischen Personals über die Arbeit der Schriftleitung erblickt, die in keiner Weise zugestanden werden könne, da dies einen für das gesamte deutsche Zeitungsgewerbe verhängnisvollen Präzedenzfall schaffen würde. Das technische Personal ist daraufhin in den Streik getreten.

Es kann der Arbeiterklasse nicht verdacht werden, wenn sie sich nicht dazu hergibt, offenbare Lügen und Verleumdungen weiter zu verbreiten.

Angestelltendemonstration in Mannheim. Am Montagnachmittag fand in Mannheim ein großer Demonstrationszug von Angestellten der Großindustrie statt, weil die Arbeitgeber die Verbindlichkeitserklärung des neuen Tarifes immer weiter hinausschieben. Nach dem Umzug fand eine Versammlung statt. Die Demonstration nahm einen ruhigen Verlauf.

Sympathiestreik der Elektrizitätsarbeiter in Rom. Popolo d'Italia zufolge sind die römischen Elektrizitätsarbeiter in einen Sympathiestreik für die ausgesperrten Elektrizitätsarbeiter von Terni getreten. Die Cafés, Kinematographentheater usw. mußten schließen.

Briefkasten der Redaktion.

O. M., L.-Kleinzschocher. Der Berechnung der Abfindungssumme wird das Lebensalter zugrunde gelegt. Der Antrag ist zu richten an die Fürsorgestelle in der Artilleriekaserne. — 1 Mk. für die Parteikasse.

Franz B. In Fällen besonderer Härte kann ein Gesuch an den Demobilmachungskommissar gerichtet werden.

Aufklärung.

Gewöhnliche Schuhcreme ist aus Wasser oder Ersatzstoffen hergestellt. Gelegentlich wird auch behauptet, die Creme sei „unter Verwendung von Terpentinöl" erzeugt, also mit Zusatz von einigen Prozenten Terpentinöl.

Dr. Gentners **Schuhputz Nigrin** mit Banderole

ist dagegen nur aus reinem amerikanischem oder französischem Terpentinöl hergestellt, ohne Wasser oder Ersatz, ist daher wohl etwas teurer, vereinigt aber alle guten Eigenschaften, die an eine Creme gestellt werden können: Sofortiger Lachglanz, macht das Leder haltbar und wasserdicht, färbt auch bei Regen nicht ab.

Rotstern-Bleichsoda, leicht und vollständig löslich, ist heute die beste.

Politische Parteien und Verfassungskämpfe in Sachsen
von der Märzrevolution bis zum Ausbruch des Mai-Aufstandes 1848—1849
von **Dr. Curt Geyer**
Preis broschiert 3.— Mark
Leipziger Buchdruckerei A. G.
Abteilung Buchhandlung
Leipzig, Tauchaer Str. 19/21.
Postscheckkonto Nr. 53477.
Die Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Hellemanns Haarbalsam gegen Haarausfall. Zu hab. Bayerscher Platz, Ecke Nürnberger Str.

Familien-Nachrichten

Montag, nachmittags 1/4 4 Uhr, verschied nach langem, in großer Geduld ertragenem Leiden, meine liebe Frau

Marie Henning geb. Stollberg.

In tiefster Trauer zeigt dies hiermit an
L.-Schönefeld, Lazarusstraße 1, I.
Otto Henning nebst Hinterbliebenen.
Beerdigung findet Freitag, nachm. 1/2 3 Uhr, von der Schönefelder Leichenhalle aus statt.

Nach kurzem schwerem Leiden verschied plötzlich und unerwartet am 30. August, abends 3/4 11 Uhr, im Krankenhaus zu St. Jakob, mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager, Schwieger- und Großvater, der Geschirrführer

Ernst Leube.

L.-Anger, Bernhardstraße 15, IV.
Anna verw. Leube nebst Kindern.
Beerdigung Freitag, 3 Uhr, Trinitatisfriedhof.

Am 31. August erlag einem wiederholten Schlaganfall meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Großmutter und Urgroßmutter

Frau Emilie Ficker

im beinahe vollendeten 76. Lebensjahr.
L.-Lindenau, Kaiserstraße 63.
Bernhard Ficker und Angehörige.
Beerdigung Freitag, den 3. September, vormittags 1/2 12 Uhr, vom Lindenauer Friedhof aus.

Ein treusorgendes Herz schlägt nicht mehr!

Am 31. August, vormittags 6.30 Uhr, verschied mein über alles geliebter Sohn, Bruder und Schwager, der Expedient

Karl Paul Artur Geweniger

an einem sich im Felde zugezogenem Leiden.
L.-Lindenau, Roßmarktstraße 12, II.
Die tieftrauernden Hinterbliebenen
Marie verw. Geweniger geb. Dahte
Paul Freiberg u. Frau Gertrud geb. Geweniger.
Die Einäscherung findet am Freitag, vormittags 10 Uhr, auf dem Südfriedhof statt. — Zugedachte Blumenspenden bitte im Trauerhause, L.-Lindenau, Roßmarktstraße 12, II., abzugeben.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200901/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Amtliche Bekanntmachungen.

Die Vermietung von Meßwohnungen betr.

Zur Schlichtung von Mietstreitigkeiten zwischen Vermietern und Messefremden haben wir als Schiedsrichter nach § 13 der Ordnung, die Vermietung von Meßwohnungen außerhalb der Gasthäuser betr., Herrn Stadtamtmann Dr. Hütter und als seinen Stellvertreter Herrn Stadtamtmann Dr. Niedenführ bestimmt. Einer dieser Herren ist an den Wochentagen ständig im Neuen Rathause in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags anzutreffen. C. 707.

Leipzig, am 12. August 1920.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen in den Grundstücken Merseburger Straße 131 in Leipzig-Plagwitz und Döner Weg 171 in Leipzig.

Gemäß §§ 161 und 165 der Bundesratsvorschriften vom 7. Dezember 1911 zum Viehseuchengesetze und § 41 der Sächsischen Ausführungsverordnung vom 4. April 1912 werden die Grundstücke Merseburger Straße 131 und Döner Weg 17, 17a bis p als Sperrbezirke und der 20. und 4. Polizeibezirk als Beobachtungsgebiet bestimmt.

Leipzig, am 31. August 1920. Gef.-A. I.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Maul- und Klauenseuche ist im Grundstück Schloßstraße 5 in Leipzig-Dölitz ausgebrochen.

Gemäß §§ 161 und 165 der Bundesratsvorschriften vom 7. Dezember 1911 zum Viehseuchengesetz und § 41 der Sächsischen Ausführungsverordnung vom 4. April 1912 wird das Gehöft Schloßstraße 5 als Sperrbezirk und der 29. Polizeibezirk als Beobachtungsgebiet bestimmt.

Leipzig, am 31. August 1920. Gef.-A. I.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Allgemeine Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig.

Zur endgültigen Regelung der während des Ärztekonfliktes entstandenen Aufwendungen werden diejenigen Mitglieder, die Rechnungen für ärztliche Behandlung und Arznei usw. während dieser Zeit der Kasse zur Erstattung noch vorzulegen haben, aufgefordert, ihre Ersatzansprüche nunmehr bis zum **15. September d. Js.** geltend zu machen, da nach dieser Zeit vorgebrachte Ersatzforderungen nicht mehr berücksichtigt werden können.

Leipzig, den 31. August 1920.

Der Vorstand. M. Fritz, Vorsitzender.

Markranstädt.

Zur Erneuerung der Unterlagen unseres Einwohnermeldeamtes soll in der Zeit vom 3. bis 8. September 1920 eine

Einwohnerzählung

nach dem Stande vom 5. September 1920 vorgenommen werden.

Jeder Haushaltungsvorstand erhält ein Zählformular zugestellt. Er hat dies genau und vollständig auszufüllen, zu unterzeichnen und an den Hausbesitzer oder dessen Vertreter abzugeben. Der Hausbesitzer oder dessen Vertreter haben die Formulare auf ihre Vollständigkeit bezüglich der Zahl der angegebenen Personen zu prüfen und je für die sämtlichen Haushalte eines Grundstückes bis zum **8. September** dieses Jahres an die Ratswache abzuliefern.

Die Zählung dient als Unterlage für die Nahrungsmittelversorgung und die Aufstellung der Stimmlisten zur Landtagswahl. Es liegt deshalb im eigensten Interesse jedes Haushaltungsvorstandes, die Listen recht gewissenhaft auszufüllen.

Wer die Ausfüllung und Abgabe der Zählformulare binnen der gestellten Frist nicht bewirkt oder falsche oder unvollständige Angaben macht, wird vorbehältlich höherer Strafen mit einer Geldstrafe bis zu 60 Mark eventuell entsprechender Haftstrafe belegt.

Markranstädt, am 31. August 1920.

Der Stadtrat.

In der Woche vom 7. bis 13. September sind für Lebensmittel folgende Kartenabschnitte bis **Donnerstag 1 Uhr** abzugeben:

N 104 für ½ Pfd. grüne Erbsen
B 56 für 1 Pfd. Marmelade.

Markranstädt, den 31. August 1920.

Der Stadtrat.

U. S. P. D. Gross-Leipzig.

Wahren. Soz. Rede- und Lese-Vereinigung. Freitag, den 3. September: Fortsetzung des Kurses Götze: Ueber historischen Materialismus. Mitglieder als Gäste willkommen.

U. S. P. Eilenburg. Freitag, abends 8 Uhr, Versammlung. |*

Fritz Heckert, Chemnitz

spricht am

Donnerstag, dem 2. September, abends ½8 Uhr

in den

Drei Lilien, Leipzig-Reudnitz, Kohlgartenstraße

über

Das Gebot der Stunde.

Einen Massenbesuch dieser Versammlung erwartet

Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund), Ortsgruppe Leipzig.

Achtung, Bezirk Osten! Die **Mitglieder-Versammlung** findet am **Donnerstag,** abends ½6 Uhr, im **Restaurant zum Schiffchen** statt. Pünktliches Erscheinen erwartet **Die Bezirksleitung.**

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Ortsverwaltung Leipzig

Volkshaus (Saalgebäude). Geschäftszeit: 8–10 Uhr vormittags, 12–1 Uhr nachmittags, Donnerstags und Freitags 4–6 Uhr nachmittags.

Donnerstag, den 2. September, abends ½7 Uhr in der Grünen Schänke, L.-Anger, Breite Straße 1

Versammlung

der Arbeiterschaft sämtlicher technischen Werke (Gas-, Elektrizitäts-, Wasserwerke usw.)

Tagesordnung: 1. Bildung einer Sektion der Arbeiter in den technischen Werken. 2. Forderung von Funktionszulagen für die Arbeiter der technischen Werke. 3. Verschiedenes. — Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Mit kollegialem Gruß **Die Ortsverwaltung.**

Glaser.

Freitag, den 3. September 1920, abends 5 Uhr

Versammlung

im Volkshaus, Café links.

Tagesordnung: **Vortrag des Gauleiters.**

Die arbeitslosen Kollegen sind besonders eingeladen.

Die Verwaltung.

Deutscher Kürschner-Verband

Filiale Leipzig.

Freitag, den 3. September 1920, abends 6 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Volkshaus, Gesellschaftssaal.

Wir erwarten, daß die Mitglieder diese Versammlung zahlreich besuchen. **Die Verwaltung.**

Günstiges Angebot!

20 Meßmuster Harmoniums

mit oder ohne Selbstspielapparat, einfache bis zur allerbesten Ausführung, werden in Leipzig am Meßstand **Freitag, den 3. September vormittags** |* auch an Private billig verkauft. Schriftliche Anfragen erbeten an **Max Horn, Zwickau, Harmonium-Haus.**

Nuß-Schokolade 100 gr ℳ 6.00 **Kakaohaus Norden** Eutritzsch. Str. 6, Ecke Berl. Str.

Zigarren * aus überseeischen Tabaken **Mk. 60.— pro 100 Stück** Lieferung per Nachnahme. **Artur Mühlpfordt, Merseburg.**

Patentanwaltsbüro Sack, Leipzig, Brühl 2.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt

Jung. Laufbursche wird gesucht **Rudolph-Filmverleih** Karlstraße 1, I.

Tüchtiges Mädchen zum Lumpensortieren sucht Fahrenbruch, Berliner St. 11.

Verkäufe

Rauchtabak *
ähnlich c. 100 gr nur 1.ℳ
Zig.-Abfall c. 100 gr „ 3.ℳ
Grobschnitt c. 100 gr „ 4.ℳ
Mittelschnitt c. 100 gr „ 5.ℳ
Rollen-Tabak c. 250 gr „ 18.ℳ
Elsterstr. 3 und Gerberstr. 40.

Kakao Schokolade
Für Großverbraucher und Wiederverkäufer günstige Bezugsquelle
Nährmittel. Heros
Kuchengartenst. 16
Telephon 4560 |*

6.— Kernseife kostet der Doppelriegel
Eisenbahnstraße 9, III. |*

Billige u. gute Schuhwaren
Kinderschuhe v. 25.ℳ an
Mädchenschuhe „ 85 „ „
Burschenschuhe „ 85 „ „
Damensch., halbe „ 110 „ „
Damenschuhe, hoh. „ 89 „ „
Herrenstiefel „ 135 „ „
HEINRICH KLICHE
Lindenau, Leuterstr. 31, II. M.

Langst. 29/7, 31/6, K.-Schnrsch. 36-38, gtr. H.-Zgst. 43u.44, gth. Kutschgsch. u. a. Eilsenst. 65, p. r

1 P. Mil.-Schuhe, neu, 29.5. z. vk. Nd., Weidmannstr. 8, IV. r

Uebergangs-Ueberzieher von 100 Mk. an *
Winter-Paletots von 150 Mk. an
in Militärtuch-Ulster verkauft
R., Frommannstr. 12, Laden.

Herren-Ulster, guterh., z. verk. Hertel, Schenkendorfstr. 29, pt.

Anz., gr. Fg., Frdsw. 250, Frack m. H. 150, Fedrb., Grdin., Bett- u. Leibwäsch. Thomaskrchh. 9. I

Billig. Gelegenheitskäufe aller Art; neue u. getragene **Herrengarderobe Militär-Sachen Schuhe u. Stiefel Wäsche** verkauft |* **Walter Fritzsche** L.-Nd., Frommannstr. 12, Lad.

A. Nachlaß billig: Versch. Jack.-Anz., Gehrockanz., Cutaw. m. W., Cutawayanz., Mil.-Rock u. H., Herbst.- u. W.-Pal., Ulst., usw. Hdl. verb. Lange St. 10, I.*

Schw. Gehrockanz., schlank, zu verk. Co., Dölitzer Str. 10, I.

Cutaway, Smok., Frack, Jackanz., M.-Anz., ez. Hos. u. Jack., rosa D.-Kid., H.-Hmd., Unthl. Windmühlenst. 12 Sa. A. IV. r*

Mäntel, Kostüm., Röcke, Blusen u. gebraucht, bill. **Wanda Lory,** Bayerische Straße 13, I.*

2 **Kostümröcke,** schw., mttl. Gr., prchtv. H.-Wintermantelstoff u. Marengo weit unt. Preis. Sellerhaus., Bülowstr. 2, pt. r.

Herrenstoffe *
Mk. 40.—, 48.—, 56.— usw. Kleinsch., Klingenstr. 47, pt.

Zylinderhüte à 20 Mk. vk. R., Frommannstr. 12, Lad.*

Hemden f. Damen f. Herren **25.—**
Hemdentuch u. Nessel m 15.—
Hemdenbarchent m 16.—
Bettwäsche, wß. u. bt. m 20.—
Wischtuch Stück 7.50
Handtuch Stück 5.—
Kohlgartenstr. 29, I. **links.** |*

Plüschtischdecke, grün, Wandkaffeemüh. Natalienst. 20, III. r

Gardin. v. bil. Kochstr. 38, H. I. l

2 × **Bettwäsche,** neu, 325 ℳ, Handtüch. à 15 ℳ, Waffelbettdecke, Hemden, all. Frdsw., vk. Leuschner, Bayersche St. 42, II. l

Deckbett 175, Bettstelle mit gut. Matr. 200, Küchenschrk. 100 Mk. Brüderstr. 10, I. l.

Federbetten *
vk. bill. **Ranst. Steinweg 26,** I. l.

Kleiderschrk., Vertiko, Sofa, Tisch, Stühle, Bettstelle mit Matr. Berliner Str. 60, I. r.*

Schlafzimmer u. Küche, neu, verkauft Turnerstraße 7, I. *

Küche, 7teilig, verk. Kappe, Nürnberger Str. 11.

Küche, kpl., Plüschsofa, 2 Tische 2 Kldschrk., Nef.-Bett m. Aufl.-Matr. vk. Plauftiger St. 6, II. r.

Sch. **Küche,** kmpl., 460, Komm., Bettst. m. M. vk. Ewaldst. 17, p.

Kücheneinricht., 7teil., gebr., mod., z. vk. Jahnstraße 41, I. r.

Küchentisch, guterhalt., verk. Lind., Aureliensstr. 24, III. r.

Sofa 185 ℳ, Kücheneinricht., 4 Stühle Natalienstr. 19, p. I.

Sofa, Chaiselongue, Federb. vk. Kappe, Nürnberger St. 11.

Sofa, guterh., 250 ℳ, Chaisel., vk. Reudn., Kapellenstr. 9a, p.

2 **Brautbetten,** Küche, Chais., Vorsaal-Garderobe billig Zschochersche Str. 57, a. Kanal.

Bettst. m. M., 1 m Anzugstoff z. vk. Reud., Grenzstr. 36, III. l.

Bettstelle m. Matratze, saub., 165 ℳ. Johannisallee 3, p. I.

Kinderbett zu verkf. Paunsdorf, Johannesstraße 7, II. r.

Nähmaschine, gut nähend, vk. Kappe, Nürnberger Str. 11.*

Schneider-Nähmaschine vk. Josephinenstraße 26, part.

Mandolinen, Gitarren, v. 95 ℳ an, **Violinen** v. 90 an, **Lauten** v. 180 ℳ an. Reudnitz, Fröschelstr. 2, I. l. (Nostitzstr.)

H.-Rad m. Frlf., la Gu., 475 ℳ, Kohlgartenstraße 44, II. Trpp.

Ich verkaufe meine **kl. Bibliothek,** enthalt. Werke üb. Sozialismus, Anarchismus, Okkultismus, Theosophie, Rasseforschung, Mystik, Naturheilkunde, Freimaurertum, einige Zeitschriftenbände u. Klassiker. Zum Teil alte und seltene Sachen. — Außerdem einen **hellen Anzug, extra prima,** Maßanfertigung, gleichfalls la **Paletot,** Körpergröße 169 cm, schlanke Figur. **Valentin Hahn,** L.-Schönefeld, Stettiner Str. 86, Elektr. Nr. 17.

Wand.-Frlf.-R. m. Gu. Carpzovstr. 33, III., Ecke Wolfsh. St.

Decken u. Schläuche Riesenauswahl.
Fast alle Fabrikate am Lager. **Decke 80 ℳ, Schlauch 28 ℳ.** Bessere Decken und Gebirgsdecken. Ja Schläuche billigst * Große Fleischergasse 22, Lad.

Friedensmässig

Pilo-Extra

der hervorragende Schuhputz,
mit Terpentinöl hergestellt.

Fabrikant: Adolf Krebs, Pilofabrik, Mannheim.

Vertreter: Walter Ruh, Leipzig, Lessingstrasse 9. Fernspr. 18740.

Zur Herbstmesse: Zeißighaus II, Nr. 136-139.

H.-Rad m. Frlf. u. n. Gu.-Ber. vk. Klzsch., Eythraer St. 44, I. l.

Korbkinderw. u. Klappsrtw. b. z. vk. Merseburger Str. 2, II. r.

Klappsportwg. m. Verd., hell, guterhalt., u. gepolst. Kinderklappstuhl vk. Brettschneider, Plagw., Merseburger Str. 2.

Sitz- u. Liegewagen, fast neu, billig. Mittelstraße 9, I. lks.

Handwagen, f. Hndlr. pass., vk. Wolf, Vo., Ludwigstr. 112, pt.

Fabriknäh.: 1 Poliermasch. 68×25, 1 Ambos, 1 Gewindeschneidevorr., 1 Schnellbohrmasch. Li., Dreilindenst. 21, H.

Naturzaun
Säulen, Riegel, Latten, Baumpfähle billigst *
E. Otto Büchner, Holzhandlg., Leipzig-Vo., Idastr.

Kaninchen- u. Ziegenstall z. v. Hensche, Möckl. Hünerbeinst. 31

Eine Melkziege zu verkauf. L.-A., Breite Str. 21, H. I. l.

Melkziege, gut, hornlos, verk. Wiederitzsch, Körnerstr. 36, p.

Ziegen, Hühner u. Kaninch. Händler Lützner Str. 150, pt.

Zuchthäsin m. 6 St. 6 W. alt. Ja. vk. Gerichtsweg 18, Tr. D. l.

Hund, schön gezeichnet, sehr wachsam, 10 Woch. a., f. Liebhab. f. geeignet, bill. zu vk. Plag., Merseburg. St. 2, II. r

Kaufgesuche

!! Nur Fr. Jawor !!
Tauchaer Str. 20, i. Ld.
Ich kaufe Herren- u. Damengarderobe, Bettwäsche, alt und neu, Leihhausscheine.* Bettfedern, Militärsach usw.

Kaufe Herr.- u. Dam.-Garderobe allerh. Wäsche, Leihhaussch., Fdbett., Schuhe, l. g. Nachl. |* Kummer, Reichsstr. 14, T. 10527

Eilt zu Weiser, Berliner Str. 60, I. Tel. 13 242 Kaufe Garderobe, Wäsche, Möbel, Platin, Gold- und Silbersachen. |*

Kaufe alles Garderobe, Bett- u. Leibw., Schuhe, Metalle, Lumpen, Leim, Wolle, Zeitungen. * Kaufmann, Bayersche Str. 15

Guterhaltene Herren-Garderobe Militär-Sachen, Schuhe, Leihhausscheine, Wäsche kauft **Fritzsche,** L.-Reud. Frommannstr. 12, Laden.*

Jackettanzug u. Cutaway od. Gehrock* m. Weste, Hose zu kf. gesucht. Nürnbg. Str. 7, l. r. Tel. 10932.

Herren-Gard., getrag. u. neu, Wäsche, Mil.-Sachen, Leihh.-Scheine usw. kauft z. reellen Preis. Hahn, Lange St. 10, I.*

Kaufe
Militärsach., Hemd., Schuhe, Bettwäsche, Leihhsch., Uhren, Möb., Nähmasch., Mandolin. **Kappe,** Nürnb. Str. 11 u. 29.*

Militär-Anzug, Schaftstiefel 28/29 kauft Eilsenstr. 41, pt.

Mil.-Joppe, Hose, Mantel z. kauf. gef. Arndtstr. 71, I. r.

Eilt zur Frau Witteles Lortzingstr. 12, prt. kaufe alle Arten Wäsche neu und gebraucht, Herren- und Damengarderobe, Leihhausscheine, Gold- und Silbers. |*

Bett- u. Leibwäsche, Handtü., z. kf. gef. Eilsenstr. 95, pt. I.

Brautpaar sucht **Federbetten** Nürnbergerstr. 7, I. r. T. 10932*

Kleiderschrank, Vertiko, Sof., Küchenschr., Stühle, Tische kft. **Kappe,** Nürnb. Str. 11 u. 29.*

Büfett., Sofa, 4 Stühle, Schrank, Bettstelle m. Matr., Kücheneinricht., Federbetten sucht **Bayersche Str. 42,** II. I.

Einf. Bettst. m. Matr., Sofa, Kldsch., Küche Färberstr. 16, I.*

Schulbänke
möglichst 2sitzig, gesucht. Offerten unter M. C. 2806 an **Aja-Haasenstein & Vogler, Leipzig.** |*

Nähm. gef. Nürnbg. St. 6, H. II*

Alte Nähmasch., auch def., kft. **Hofmann,** Kapellenstr. 9a, p.

Damen- u. Herrenrad z. k. gef. Nürnbergerstr. 7, I. r. T. 10932*

Alte Fahrräder, auch defekt sowie alle Fahrradteile kft. Große Fleischergasse 22, Lad.*

Herren- u. Damen-Rad o. Gu. k. Nd., Weidmannstr. 2, H. pt. (an der Dresdener Straße)*

Kaufe Gold- u. Silberwaren Platin Brillanten *
Faber Reichsstraße 18/20 Hof links, II. Trepp.

Zeitungen, Makulatur, Papierspäne, Lumpen, Alteisen, Metalle usw. kauft — für Händler besond. Preise **Otto Schaarschmidt** Rohprod.-Großhdlg., L.-Vo. verl. Wissmannst. Tel. 60047*

Ein Papagei schön im Gefieder, zu kaufen gesucht **Bruno Bertram** Könnern a. d. Saale Neumarkt 3.

Kaufe leere saubere Rot-, Weißwein- und Kognakflaschen, Zahle pro Stück 60 Pfg. **Alfred Kriegel Nachf.,** Li., Merseburger Str. 70

Jetzt ist es Zeit!

Alte Damen- und Herrenhüte
werden in meiner Hutfabrik auf neueste Formen umgepresst

Färben der Hüte in schwarz, rot, grün, braun und blau

Feinste Ausführung! Billige Preise! Schnellste Bedienung!

Elisabeth Schulze
Katharinenstr. 13 und **Königsplatz 7** **Ecke Markthallenstr.** *

Klappwg. m. Pl. od. Promen.-Wg. u. Winterüberzieh. kauft Preisang. Sophienstr. 20, I. l.

Für Alt- Metalle Eisen Papier
Lumpen :: Zeitungen
bin ständiger Käufer.
R. Dammenhayn
8 Volkm., Kirchstraße 8
Einkauf von 8 bis 6 Uhr.

Vermischte Anzeigen

Rat und Beistand Aliment.-, Ehe- u. Strafsachen **Gnadengesuche!** **Graf, Grimm, Steinweg 14.** *

Leipz. Leih-Institut für Frack-, Gehrock-, Smokinganzüge, Zylinderhüte. **Belau,** Albertstraße 29 a, I., Ecke Zeitzer Str. im Bankgeb.*

Gute Schlafdecke geg. Regenkragen zu tauschen. Paunsdorf, Döllingstr. 17, p.

Inserate sind nicht an die Redaktion, sond. an die **Expedition** z. adressieren

Wohnungen

Einfache Schlafstelle frei. Gohlis, Gothaer Str. 5, III. l.

Alt. Mann sucht Schlafst. in Stötz. Off. U. 32 an Fil. Stötz.

Leeres Zimmer wird gesucht für Sekret. e. anspruchslos. Jugendvereinig., auch Kellergeschoß. Adr. **A 1** Reitzenhainer Str. 32, Laden.

Suche sof. l. Stube m. Kochgel. mögl. Lindenau. Off. erb. Li., Uhlandstr. 1, III., Schindler.

Tausche Stube, Ka. u. Küche geg. gleiche od. größ. in Kleinzsch. Off. u. **B.K.100** Kleinzsch., Dieskaustraße 5.

Wohnung, St. K. K. u. Zubeh., Siemensstr., g. größ. z. **tausch.** gesucht. Off. u. **B 1 a.** Fil. d. Bl. Kleinsch., Dieskaustr. 5, erb.

Wohnungstausch! 2 St., 1 K., K. geg. kl. i. Ost. z. **tausch.** ges. Näh. Elisabethstraße 8, p.

Wer tauscht Stadtwohn. gegen kleine Wohnung in Marktleeberg? **Rabe, L.-Connewitz** Meusdorfer Straße 29. *

Es ist da!
Das sehr beliebte Favorit-Moden-Album
Große Ausgabe 6.—
Kleine Ausgabe 3.—
Per Post 40 Pfg. mehr.
Alle Schnitte vorrätig.
Hauptvertretung:
Emil de Veer,
Petersstraße 38.
Posament.- u. Spitzenhaus, Alle Schneiderei-Artikel.*

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200901/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG